Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 90. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 23. Februar 1863.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London, 21. Febr. Der „Australasian" bringt Nachrichten aus Newyork vom 11. d. Die Expedition unter Foster war in Port Royal (Süd-Carolina) angekommen; man vermuthete, daß sie nach Charleston bestimmt sei. Einige der von den Nordstaaten errichteten Neger-Regimenter waren in Georgia und Florida eingerückt und in wiederholten Gefechten mit den Conföderirten stets siegreich geblieben. Unter den Unionstruppen auf Ship Island (an der Küste des Staates Mississippi) hatte sich ein aufrührerischer Geist gezeigt. Wegen der Ankunft eines Neger-Regimentes hatte Russell den englischen Consul in Charleston angewiesen, sich nach der Havannah zu begeben. Die nach Texas bestimmte Expedition sollte binnen Kurzem unter Butler's Befehl abgehen. Sumner hat im Senat in Washington den Antrag gestellt, 300,000 Neger anzuwerben.

Darmstadt, 22. Febr. Die „Darmstädter Zeitung" ist ermächtigt, den Inhalt eines von ihr reproducirten Artikels der wiener „Presse", bezüglich des Uebertritts Hessen-Darmstadts in das preußische Lager, als „im Wesentlichen" erfunden zu erklären.

Paris, 22. Febr. Die „France" versichert, es werde eine Petition zu Gunsten Polens an den Senat gerichtet werden, welche von bedeutenden Männern verfaßt, eine Discussion, bei welcher die Regierung ihre Meinung kundgeben kann, veranlassen wird.

Nach der „Patrie" ist der preußische Botschafter vorgestern in einer Audienz vom Kaiser empfangen worden.

Konstantinopel, 20. Febr. Die dem russischen Dampfer Bobnik in Widdin abgenommene Bleiladung wurde dem französischen Eigenthümer zurückgegeben. — Die montenegrinischen Abgeordneten sind heute hier angekommen.

Das „Journal de Constantinople" dementirt die Nachricht von einer Truppen-Concentrirung an den Grenzen von Bosnien und der Herzegowina.

Ein Erlaß der Pforte verbietet alle Polemik zwischen Journalen, welche nicht Gegenstände allgemeinen Interesses innerhalb vorgeschriebener Grenzen, sondern Persönlichkeiten und Privatfragen betrifft. Mehrere mit Schießpulver beladene Schiffe passirten die Dardanellen; der Kapitän eines derselben, welcher eine Ueberladung bewerkstelligen wollte, wurde verhaftet. — Der frühere erste Kammerherr Ghalib Pascha wurde zum Oberdirektor der Militärschulen ernannt. — Das Kloster Petrillo wurde vollständig ausgeraubt und die meisten Mönche getödtet. — Hassan Pascha wurde zum Gouverneur von Philippopoli ernannt.

Hussin Pascha und Akif Pascha, die Gouverneure von Salonich und Janina, tauschen ihre Posten. — Yahia Pascha wurde statt Abdi Pascha zum Truppen-Commandanten in der Herzegowina ernannt.

Lemberg, 21. Febr. Nach Tarnow wurden 16 Flüchtlinge, meist Verwundete, von Szczucin abgestellt. Dieselben sind entwaffnet und werden überwacht.

Langiewicz soll sich tiefer in Land ziehen; die Russen, verstärkt durch Artillerie aus Kielce, rücken gegen ihn an.

Paris, 21. Febr. „France" sagt, in dem Augenblicke, wo Preußen durch das Project der Intervention in Polen Europa mit dieser Frage überrascht (saisit), sei es nöthig, zu constatiren, daß die wiener Verträge das alleinige Terrain bilden, auf dem die Diplomatie sich begegnen darf.

„Patrie" meldet, Erzherzog Ferdinand Max habe das Anerbieten wegen des griechischen Thrones abgelehnt.

Herrn v. Bismarck's Circularnote vom 24. Januar.

Frankfurt, 20. Februar. Die „Europe" brachte kürzlich eine Analyse der Circularnote des preußischen Ministers v. Bismarck vom 24. Januar d. J. in Betreff der Unterhandlungen mit Oesterreich über die Bundesreform. Der Inhalt dieser an die diplomatischen Vertreter Preußens im Auslande gerichteten Note ist bei der Wiedergabe mehrfach entstellt worden. Das „Fr. J." ist im Stande, das vollständige Schriftstück wörtlich mitzutheilen. Es lautet:

„Die vertraulichen Unterredungen, welche ich zu Anfang des vorigen Monats mit dem Grafen Karolyi über unser Verhältniß zu Oesterreich gehabt habe, und über welche derselbe dem wiener Kabinette ausführlich Bericht erstattet hat, sind, wie Eurer ꝛc. bekannt, auf die indiscreteste Weise gemißbraucht und in der Presse in tendenziöser Art entstellt worden. Sie werden noch jetzt wie wir erfahren, unter Zugrundelegung dieser Entstellungen im feindseligsten Sinne gegen uns auf diplomatischem Wege ausgebeutet.

Um Euere ꝛc. in den Stand zu setzen, Erfindungen und Uebertreibungen, welche so reichlich aus jener Quelle fließen, auf ihre wahre Bedeutung zurückzuführen, theile ich Ihnen nachstehend den vollständigen Inhalt der gedachten Unterredungen mit.

Ich hatte zur Herbeiführung besseren Einverständnisses beider Höfe die Initiative in der Form von Unterredungen mit dem Grafen Karolyi ergriffen, in welchen ich dem kaiserl. Gesandten Nachstehendes zu erwägen gab.

Nach meiner Ueberzeugung müssen unsere Beziehungen zu Oesterreich unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden. Es sei der aufrichtige Wunsch der königl. Regierung, daß die erstere Alternative eintrete; wenn wir aber das hierzu nöthige Entgegenkommen des kaiserl. Cabinets nachhaltig vermißten, so sei es für uns nothwendig, die andere ins Auge zu fassen und uns auf dieselbe vorzubereiten.

Ich habe den Grafen Karolyi daran erinnert, daß in den Jahrzehnten, die den Ereignissen von 1848 vorhergingen, ein stillschweigendes Abkommen zwischen den beiden Großmächten vorwaltete, kraft dessen Oesterreich der Unterstützung Preußens in europäischen Fragen sicher war und uns dagegen in Deutschland einen durch Oesterreichs Opposition anverkümmerten Einfluß überließ, wie er sich in der Bildung des Zollvereins manifestirt. Unter diesen Verhältnissen erfreute sich der deutsche Bund eines Grades von Einigkeit im Innern und von Ansehen nach außen; wie er seitdem nicht wieder erreicht worden ist. Ich habe unerörtert gelassen, durch wessen Schuld analoge Beziehungen nach der Reconstituirung des Bundestags nicht wieder zu Stande gekommen sind, weil es mir nicht auf Recriminationen für die Vergangenheit, sondern auf eine praktische Gestaltung der Gegenwart ankam. In letzterer finden wir gerade in den Staaten, mit welchen Preußen, der geographischen Lage nach, auf Pflege freundschaftlicher Beziehungen besonderen Werth legen muß, einen zur Opposition gegen uns aufstachelnden Einfluß des kais. Cabinets mit Erfolg geltend gemacht.

Ich gab dem Grafen Karolyi zu erwägen, daß Oestereich auf diese Weise zum Nachtheile für die Gesammtverhältnisse im Bunde die Sympathien der Regierungen jener Staaten vielleicht gewinne, sich aber diejenigen Preußens entfremde.

Der kaiserl. Gesandte tröstete sich hierüber mit der Gewißheit, daß in einem für Oesterreich gefährlichen Kriege beide Großstaaten sich dennoch unter allen Umständen als Bundesgenossen wiederfinden würden.

In dieser Voraussetzung liegt meines Erachtens ein gefährlicher Irrthum, über welchen vielleicht erst im entscheidenden Augenblicke eine für beide Cabnette verhängnißvolle Klarheit gewonnen werden würde, und habe ich deshalb den Grafen Karolyi dringend gebeten, demselben nach Kräften in Wien entgegengetreten. Ich habe hervorgehoben, daß schon im letzten italienischen Kriege das Bündniß für Oesterreich nicht in dem Maße wirksam gewesen sei, wie es hätte der Fall sein können, wenn beide Mächte sich nicht in den vorhergehenden 8 Jahren auf dem Gebiete der deutschen Politik in einer schließlich nur für Dritte Vortheil bringenden Weise bekämpft und das gegenseitige Vertrauen untergraben hätten. Dennoch seien damals in dem Umstande, daß Preußen die Verlegenheiten Oesterreichs im Jahre 1859 nicht zum eigenen Vortheil ausgebeutet, vielmehr zum Beistande Oesterreichs gerüstet habe, die Nachwirkungen der früheren intimeren Verhältnisse unverkennbar gewesen. Sollten aber letztere sich nicht neu anknüpfen und beleben lassen, so würde unter ähnlichen Verhältnissen ein Bündniß Preußens mit einem Gegner Oesterreichs eben so wenig ausgeschlossen sein, als, im entgegengesetzten Falle, eine treue und feste Verbindung beider deutschen Großmächte gegen gemeinschaftliche Feinde. Ich wenigstens würde mich, wie ich dem Grafen Karolyi nicht verhehlte, unter ähnlichen Umständen niemals dazu entschließen können, meinem allergnädigsten Herrn zur Neutralität zu rathen; Oesterreich habe die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik mit dem Stützpunkte einer mittelstaatlichen Coalition fortzusetzen, oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen zu suchen. Zu letzterer zu gelangen, sei mein aufrichtigster Wunsch. Dieselbe könne aber nur durch das Aufgeben der uns feindlichen Thätigkeit Oesterreichs an den deutschen Höfen gewonnen werden.

Graf Karolyi erwiderte mir, daß es für das Kaiserhaus nicht thunlich sei, seinen traditionellen Einflüssen auf die deutschen Regierungen zu entsagen. Ich stellte die Existenz einer solchen Tradition mit dem Hinweis in Abrede, daß Hannover und Hessen seit hundert Jahren, vom Anbeginn des siebenjährigen Krieges, vorwiegend den preußischen Einflüssen gefolgt seien, und daß in der Epoche des Fürsten Metternich die genannten Staaten auch von Wien aus im Interesse des Einverständnisses zwischen Preußen und Oesterreich ausdrücklich in jene Richtung gewiesen worden seien, daß also die vermeintliche Tradition des österreich. Kaiserhauses erst seit dem Fürsten Schwarzenberg datire, und das System, welchem sie angehöre, sich bisher der Consolidirung des deutschen Bündnisses nicht förderlich erwiesen habe. Ich hob hervor, daß ich bei meiner Ankunft in Frankfurt im Jahre 1851, nach eingehenden Besprechungen mit dem damals auf dem Johannisberg wohnenden Fürsten Metternich gehofft habe, Oesterreich selbst werde es als die Aufgabe einer weisen Politik erkennen, uns im deutschen Bunde eine Stellung zu schaffen, welche es für Preußen der Mühe werth mache, seine gesammte Kraft für gemeinschaftliche Zwecke einzusetzen. Statt dessen habe Oesterreich mit Erfolg dahin gestrebt, uns unsere Stellung im deutschen Bunde zu verleiden und zu erschweren, und uns thatsächlich auf das Bestreben nach anderweiten Anlehnungen hinzuweisen. Die ganze Behandlungsweise Preußens von Seiten des wiener Cabinets scheine auf der Voraussetzung zu beruhen, daß wir mehr als irgend ein anderer Staat auswärtigen Angriffen ausgesetzt sehen, gegen welche wir fremder Hilfe bedürfen, und daß wir uns deshalb von Seiten der Staaten, von welchen wir solche Hilfe erwarten könnten, eine rücksichtslose Behandlung gefallen lassen müßten. Die Aufgabe einer preußischen Regierung, welcher die Interessen des königl. Hauses und des eigenen Landes am Herzen liegen, werde es daher sein, das Irrthümliche jener Voraussetzung durch die That nachzuweisen, wenn man ihren Worten und Wünschen keine Beachtung schenke.

Unsere Unzufriedenheit mit der Lage der Dinge im deutschen Bunde erhalte in den letzten Monaten neue Nahrung durch die Entschlossenheit, mit welcher die mit Oesterreich näher verbundenen deutschen Regierungen in der Delegirtenfrage angriffsweise gegen Preußen vorgingen. Vor 1848 sei es unerhört gewesen, daß man am Bunde Fragen von irgend welcher Erheblichkeit eingebracht habe, ohne sich des Einverständnisses beider Großmächte vorher zu versichern. Selbst da, wo man auf den Widerspruch minder mächtiger Staaten gestoßen sei, wie in der Angelegenheit der süddeutschen Bundesfestungen, habe man es vorgezogen, Zwecke von dieser Wichtigkeit und Dringlichkeit viele Jahre hindurch unerfüllt zu lassen, anstatt den Widersprechenden mit dem Versuch der Majorisirung entgegenzutreten. Heut zu Tage werde dagegen der Widerspruch Preußens nicht nur gegen einen Antrag, sondern gegen die Verfassungsmäßigkeit desselben als ein der Beachtung unwerther Zwischenfall behandelt, durch welchen man sich im entschlossenen Vorgehen auf der gewählten Bahn nicht beirren lasse.

Ich habe den Grafen Karolyi gebeten, den Inhalt der vorstehend angedeuteten Unterredung mit möglichster Genauigkeit, wenn auch auf vertraulichem Wege, zur Kenntniß des Grafen Rechberg zu bringen, indem ich die Ueberzeugung aussprach, daß die Schäden unserer gegenseitigen Beziehungen nur durch rückhaltlose Offenheit zu heilen versucht werden könnten.

Die zweite Unterredung fand am 13. Dezember v. J., einige Tage nach der ersten, aus Veranlassung einer Depesche des k. Bundestagsgesandten, statt. Ich suchte den Grafen Karolyi auf, um den Ernst der Lage der Dinge am Bunde seiner Beachtung zu empfehlen und verhehlte ihm nicht, daß das weitere Vorschreiten der Majorität auf einer von uns für verfassungswidrig erkannten Bahn uns in eine unannehmbare Stellung bringe, daß wir in den Consequenzen desselben den Bruch des Bundes voraussähen, daß Hr. v. Usedom über diese unsere Auffassung dem Frhrn. v. Kübeck und Frhrn. von der Pfordten keinen Zweifel gelassen, auf seine Andeutungen aber Antworten erhalten habe, die auf kein Verlangen nach Ausgleichung schließen ließen, indem Frhr. v. d. Pfordten auf beschleunigte Abgabe unseres Minoritäts-Votums dränge.

Ich bemerkte hiergegen, daß unter solchen Umständen das Gefühl der eigenen Würde uns nicht gestatte, dem von der anderen Seite herbeigeführten Conflicte ferner auszuweichen, und daß ich deshalb den königl. Bundestags-Gesandten telegraphisch zur Abgabe seines Minoritäts-Votums veranlaßt habe. Ich stellte in Aussicht, daß wir die Ueberschreitung der Competenz durch Majoritätsbeschlüsse als einen Bruch der Bundesverträge auffassen und dem entsprechend verfahren würden, indem diesseits der königliche Bundestags-Gesandte ohne Substitution abberufen werden würde, und deutete die praktischen Consequenzen an, welche sich aus einer solchen Situation in verhältnißmäßig kurzer Zeit ergeben müßten, indem wir natürlich die Wirksamkeit einer Versammlung, an welcher wir uns aus rechtlichen Gründen nicht mehr betheiligten, in Bezug auf den ganzen Geschäftskreis des Bundes nicht weiter für zulässig anerkennen könnten. Wir würden also auch die preußischen Garnisonen in den Bundesfestungen nicht mehr den Beschlüssen der Bundes-Versammlung unterstellen können. Unwahr ist, daß ich für diesen Fall von der Zurückziehung dieser Garnisonen gesprochen haben soll. Ich habe im Gegentheil auf die Conflicte aufmerksam gemacht, welche das Verbleiben derselben nach sich ziehen könne, nachdem ihre Befehlshaber der Autorität der Bundesversammlung die Anerkennung zu versagen haben würden.

Um den königlichen Gesandten in Wien zur Unterstützung meiner Bestrebungen in Stand zu setzen, habe ich denselben unterm 13. Dez. v. J. in Form einer vertraulichen Depesche von dem hauptsächlichen Inhalte meiner Unterredungen mit Graf Karolyi in Kenntniß gesetzt und denselben beauftragt, sich im Sinne dieser Depesche vertraulich gegen Graf Rechberg zu äußern. Daß sowohl meine mündlichen Mittheilungen an Graf Karolyi, als Dasjenige, was Freiherr v. Werther auf Grund meiner Instructionen dem Grafen Rechberg mitgetheilt hat, von den Organen der kaiserlichen Regierung selbst als ein wohlgemeinter Versuch der Verständigung aufgefaßt worden ist, und nach Form und Inhalt einen verletzenden oder gar drohenden Eindruck nicht gemacht hat, ging aus den ersten eingehenden und anerkennenden Gegenäußerungen hervor, welche Graf Karolyi mündlich und Freiherr v. Werther auf Veranlassung des Grafen Rechberg schriftlich mir mittheilte. Um so unerwarteter mußte es für uns sein, diese ganz vertraulichen Eröffnungen zunächst in französischen, dann in deutschen Blättern in einer Gestalt wieder zu lesen, welche, ungeachtet der beigefügten groben Entstellungen, vermöge der daneben richtig wiedergegebenen Einzelheiten, erkennen ließen, daß jenen Blättern Mittheilungen aus amtlicher Quelle zugegangen waren.

Wenige Tage darauf erhielt ich die vertrauliche Mittheilung, daß der kaiserlich österreichische Gesandte in Petersburg über Berlin auf seinen Posten zurückkehren und die schwebende Streitfrage mit mir besprechen werde.

(Schluß folgt.)

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

15. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (21. Febr.)

Präs. Grabow eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Ministertische Graf zur Lippe und Geh. Justizrath Sydow.

Es erfolgt die Anzeige von der Wahl resp. Constituirung der Commission zur Vorberathung der v. Hoverbeckschen Resolution. — Abg. Simson beantragt im Auftrage der Justizcommission die Verstärkung derselben um 7 Mitglieder aus der Rheinprovinz zur Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Gebühren-Verpflichtung in Vormundschaftssachen im Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Köln. Das Haus ist damit einverstanden und wird die Wahl vor der nächsten Plenar-Sitzung stattfinden.

Auf der Tages-Ordnung steht zunächst der Bericht der Budget-Commission über den Etat der Justizverwaltung. Zu Tit. I. Nr. 1 wiederholt die Commission den Antrag: „die Regierung aufzufordern, den Zuschlag von 6 Sgr. pro Thaler der Gerichtskosten, so bald wie möglich, spätestens über am 1. Jan. 1865 in Wegfall zu bringen. Der Reg.-Commissar hat aus den im Jahre 1862 von der Regierung hervorgehobenen Gründen widersprochen. Zu dem Antrag hat der Abg. Graf Bethusy-Huc das Amendement gestellt, die Worte: „am 1. Januar 1865" fortzulassen. Er vertheidigt dasselbe etwa in Folgendem: Seine Partei habe schon im vor. Jahre gegen den Antrag gestimmt. Indessen liege die Sache jetzt anders als im vor. Jahre. Das Deficit, welches damals auf dem Papier gestanden, habe sich in einen Ueberschuß verwandelt. Man könne deshalb hoffen, daß es der Staatsregierung bald möglich sein würde, eine Abgabe in Wegfall zu bringen, die auch seiner Partei nicht als zweckmäßig erscheine. Er halte aber die Festsetzung eines bestimmten Termines für nicht angemessen. Indessen würde er auch dann, wenn sein Amendement nicht angenommen würde, für den Antrag der Commission stimmen, weil nach seiner Ansicht das Haus den Beschluß zu jeder Zeit rückgängig machen könne.

Der Justizminister bemerkt gegen den Commissions-Antrag, daß der Zuschuß des Staates zu den Kosten für die Justiz jetzt 1½ Mill. betrage. Wenn die 6 Sgr. fortfielen, würde er an 2½ Millionen betragen müssen. Dazu seien die Mittel gegenwärtig nicht vorhanden. Diejenigen, welche die Wohlthaten einer geregelten Gerechtigkeitspflege genössen, hätten auch zu deren Kosten beizutragen,

Abg. Meibauer: Der Justizminister sehe das Verhältniß zwischen den Eingesessenen des Staats und den Gerichten, wie ein Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer an. Das sei total falsch. Die Mehreinnahmen, welche vom 1. Januar 1865 an durch die Grund- und Gebäudesteuer gewährt werden würden, seien durch keinen Beschluß für die Armee-Reorganisation bestimmt. Das Haus dürfe keinen Beschluß fassen, durch den es dies indirect ausspreche.

Abg. Plaßmann: Er stimme nicht nur dem Antrag der Commission zu, sondern hätte gern ein Amendement gestellt auf Verweigerung der Kosten für das Hypothekenwesen und die übrigen Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, dessen enthalte er sich jedoch.

Referent v. Forkenbeck: Schon durch einen Beschluß vom Jahre 1851 sei ausgesprochen worden, daß es auf das Verhältniß der Staatseinnahmen zu den Staats-Ausgaben im Großen und Ganzen ankomme bei der Frage, ob der Zuschlag von 6 Sgr. fortfallen solle oder nicht. Vom 1. Jan. 1865 würde das Verhältniß der Einnahmen zu den Ausgaben durch die Grund- und Gebäudesteueur derartig geändert, daß man annehmen könne, der Zuschlag von 6 Sgr. könue fortfallen. Deshalb sei er gegen das Amend. Bethusy und bäte, den Antrag der Comm. anzunehmen.

Bei der Abstimmung fällt das Amendement, der Antrag der Commission wird mit großer Majorität angenommen; dafür auch die Feudalen.

Zu Tit. 9 hat die Comm. den Antrag gestellt: „900 Thlr. zur Verbesserung des Einkommens der Ober-Staatsanwälte nicht zu bewilligen."

Der Justizminister führt aus, daß das Gehalt der Ober-Staatsanwälte ihrem Range nicht entspreche. Nachdem der Referent dagegen bemerkt hat, es sei kein Grund, mehr als früher zu bewilligen, wird der Antrag der Commission angenommen.

Zu Tit. 11 wird der Antrag der Comm.: „1560 Thlr. von den veranschlagten Kosten für die Justist-Visitationen nicht zu bewilligen" ohne Diskussion mit großer Majorität angenommen. Die Comm. hat ferner den Antrag gestellt, „die Regierung aufzufordern, daß dem ungesetzlichen Zustande in Betreff der Verwaltung der Vicepräsidentenstelle zu Ratibor schleunigst ein Ende gemacht werde."

Der Justizminister erklärt, daß er, da Hr. v. Kirchmann sich jetzt bedingungslos bereit erklärt habe, seine Stelle in Ratibor wieder einzunehmen denselben amtlich auffordern werde, nach Beendigung der Session zur Verwaltung seines Amtes nach Ratibor zurückzukehren. Damit halte er die Sache für erledigt (Beifällige Bewegung im Hause).

Nachdem der Referent und der Präsident dieselbe Ansicht ausgesprochen haben, tritt das Haus dem bei.

Zu Tit. 15 bemerkt Abg. Meibauer, daß das Verhältniß der nicht angestellten Diätarien zu den angestellten immer ein ungenügendes sei, sei wünschenswerth, daß die Pensionsfähigkeit der Diätarien gesetzlich ausgesprochen werde.

Reg.-Commissar Sydow verspricht, daß dieser Gegenstand bei dem Gesetze über die Pensionen der Beamten Berücksichtigung finden werde.

Zu Tit. 23 beantragt die Commission: „Die Erhöhung von 3000 Thaler (zur Unterstützung bei den Gerichts-Behörden) nicht zu bewilligen."

Der Justizminister: Das geforderte Geld sei zur Unterstützung für solche Beamten bestimmt, die durch Unglücksfälle heimgesucht würden. Das Bedürfniß sei nachgewiesen. Der einzige Grund der Absetzung könne das Mißtrauen gegen die zeitherige Verwaltung sein. Das Unglück treffe die Beamten ohne Rücksicht auf politische Gesinnung; ohne Rücksicht auf diese würde ihnen geholfen. Der Antrag der Commission sei eine Barbarei.

Abg. Otto: Wenn man unglückliche Richter nicht unterstütze, geriethen sie in eine viel größere Abhängigkeit den Gerichtseingesessenen gegenüber, als dies bei Bewilligung der Gelder dem Justizminister gegenüber der Fall sei. Das Mißtrauen gegen die jetzige Regierung sei ja bereits oft genug ausgesprochen; man möge doch unter demselben nicht gerade die vom Unglück betroffenen Richter leiden lassen. — Abg. Simson: Es handelt sich hier nicht um einen Gratificationsfonds, da die Unterstützung nicht durch Initiative des Justizministers, sondern auf die Berichte der Appellationsgerichte hin gewährt würde. Wer aber würde den Appellationsgerichten politische Motive zutrauen? Wenn man statt 1⅓ Thlr. jährlich 2⅔ Thlr. für jeden Richter zu Unterstützungen gewähre, würde das einen so großen Einfluß auf die Abhängigkeit der Richter ausüben? Die Unabhängigkeit der Richter sei doch nicht nur gegen den Justizminister zu wahren. Was wäre wohl widerlicher als ein finanziell zerrütteter Richter, der bei den Gerichtseingesessenen borgen müsse? Er freue sich, daß er an den Störungen, die durch den Beschluß des 13. Aug. vor. Jahres veranlaßt seien, keinen Theil habe. Es sei natürlich, daß man bei jeder Gelegenheit an das Hauptübel, an dem das Land leide, denke: an den budgetlosen Zustand. Man frage, wie es möglich sei, daß dieser juristisch und factisch aufrecht erhalten werde. Juristisch geschähe dies durch die Verkennung nicht nur unserer, sondern jeder Verfassung, ein Verkennen, das für ihn eine Verfassungsverletzung sei, wenn er auch dabei nicht sofort dolus annähme. Thatsächlich dauere die Budgetlosigkeit fort, weil wir undisponirte Ueberschüsse hätten. Er wolle darum lieber die 3000 Thlr. nicht undisponirt lassen. Abg. Michaelis: Die ausgesetzte Unterstützungssumme sei noch nicht Eins pro mille der Besoldungen; dies sei zu wenig; er sei deshalb gegen den Commissions-Antrag. Abg. Plaßmann: Er habe im vorigen Jahre für Streichung der 3000 Thlr. gestimmt, weil die Summe so klein sei, daß sie nicht im Geringsten ihren Zweck erreichen könne; heute sei er für die Bewilligung, einmal, weil die Commission 5000 Thlr. habe stehen lassen, was, wenn man die Mehrforderung von 3000 Thlr. streiche, keinen Sinn habe; dann aber, weil er überhaupt den Justizminister in seinem lobenswerthen Bestreben, die Lage der Justizbeamten zu verbessern, unterstützen wolle. Referent Parrisius (gegen Simson): Nicht gegen die Appellationsgerichte wolle man Mißtrauen aussprechen, sondern gegen den Justizminister, dem man es in recht starkem Maße zu Theil werden lassen wolle. (Heiterkeit.) Wie der Fonds verwaltet würde, könne im Bericht nicht stehen, weil man darüber nichts gehört habe. Das Unglück treffe zwar ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung, es käme aber darauf an, wie der Fonds vertheilt werde. (Hört!) — Seit 1861 sei weder die Zahl der Beamten gestiegen, noch die der Unglücksfälle. Bis 1861 habe sich also die Regierung zum Mitschuldigen der „Barbarei" gemacht. (Heiterkeit.) Grade bei Dispositionsfonds müsse das Haus die Vertrauensfrage sorgfältig erwägen. Durch bloßes Aussprechen von Mißtrauen käme man nicht weiter, das Haus dürfe sich nicht durch Sentimentalität verleiten lassen, Gelder zu bewilligen, die Vertrauen zu demjenigen voraussetzen, dem sie bewilligt werden.

Bei der Abstimmung wird der Comm.-Antrag verworfen. (Dagegen die Feudalen, die Fraktion v. Vincke, v. Rönne, das linke Centrum, die volkswirthschaftliche Fraktion, und Abgeordneter v. Unruh; dafür die Fortschrittspartei, die Polen, Abg. v. Bockum-Dolffs, Harkort u. A.)

Es folgt die Berathung des Berichts über den Etat der Verwaltung für Handel-, Gewerbe- und Bauwesen. Auf Antrag des Abg. Frhrn. v. Vincke (Stargardt) beschließt das Haus, den Präsidenten von Vorlesung der einzelnen Zahlen von jetzt ab zu dispensiren. Demnächst werden die Einnahmen und die fortdauernden Ausgaben ohne Diskussion genehmigt. Bei den „einmaligen

außerordentlichen Ausgaben“ hat die Commission beantragt (abweichend von den anderen Etats) dieselben mit 1,700,000 Thlr. vorbehaltlich der definitiven Beschlußfassung über das ganze Extraordinarium zu genehmigen. — Abgeordneter Parrisius (Brandenburg) beantragt: auch hier den Beschluß über das Extraordinarium auszusetzen. Diesem Amendement widerspricht der Abg. Michaelis aus dem in dem Comm.-Bericht entwickelten (bereits mitgetheilten) Gründen. — Ebenso befürwortet Abg. v. Unruh den Comm.-Antrag aus der Nothwendigkeit von Ausgaben für Wasserbauten-Unterhaltung von Kanälen, Reparaturen ꝛc. Es handle sich dabei eigentlich meist um ordentliche Ausgaben. Deshalb liege keine Inconsequenz in der Bewilligung dieses Extraordinariums. Auch der Reg.-Commissar (Geh. Finanzrath Mac-Lean) bittet aus formellen Gründen der Verwaltung um Annahme des Comm.-Antrags. Abg. Parrisius weist darauf hin, daß die Annahme seines Amendements, welche durch die Consequenz geboten sei, die Sache nur um höchstens 14 Tage aufhalten werde. Nachdem noch Abg. Dr. Schubert und der Referent Abg. v. Hennig (Straßburg) für den Comm.-Antrag und gegen das Amendement Parrisius das Wort ergriffen, wird das Amend. abgelehnt, der Comm.-Antrag auf Bewilligung des Extraordinariums angenommen.

Die Etats der Lotterie-Verwaltung, des Seehandlungs-Instituts, der Antheil an dem Gewinn der preuß. Bank, und der Etat der Staatsschulden-Verwaltung werden demnächst ohne Diskussion erledigt.

Es folgen die Etats der Domänen und Forstverwaltung und der Central-Verwaltung der Domänen und Forsten. Nach einer auf der Journalisten-Tribüne unverständlichen Bemerkung des Abg. Krause (Züllichau) nimmt der Abg. v. Sänger das Wort gegen den Antrag der Comm. „die königliche Staats-Regierung aufzufordern, Domänen, welche aus mehreren Vorwerken bestehen, in doppelter Weise, nämlich einerseits im Ganzen, und andererseits in mehrere Pachtungen vertheilt, zur Ausbietung zu stellen, und nur da eine Abweichung von diesem Grundsatz zuzulassen, wo die besonderen Verhältnisse solche nothwendig bedingen.“ Er führt aus, daß der Verwaltung in jedem einzelnen Falle die Entscheidung zu überlassen sei. Ihm schließt sich der Abg. Frhr. v. Patow an. Abg. v. Hoverbeck entgegnet, es handle sich auch um keine definitive Norm für alle Fälle. Nach kurzen Repliken dieser drei Redner auf ihre gegenseitigen Ausführungen, befürwortet der Referent (Abg. Haacke) den Comm.-Antrag, der hierauf angenommen wird.

Beim Etat der Forstverwaltung hat der Abg. Reinhard den Antrag gestellt, die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung bemüht sein werde, in den Gemeindewaldungen, welche unter Staatsverwaltung stehen, die Kultur der Eichen zu befördern. — Abg. Kerst beantragt abermals die Eichenschälwaldungen zu befürworten. — Beide Anträge werden ausreichend unterstützt.

Abg. Reinhard begründet seinen Antrag durch Hinweis darauf, daß die königl. Obersförster eine besondere Vorliebe für Nadelholz und eine besondere Antipathie gegen Laubholz hätten. Er hoffe, daß das Haus dieselbe Rücksicht, die es vor'm Jahre für die Eichenschälkultur der Ostprovinzen gehabt, auch für den Rhein hegen werde, und wünsche, daß die Gemeinde-Forsten vor der Ertragsfähigkeit unserer Staatsforsten bewahrt bleiben mögen. — Abg. Kerst motivirt seinen Antrag mit der volkswirthschaftlichen Wichtigkeit der Sache. — Der Finanzminister verweist darauf, daß der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten aus den stenogr. Berichten Kenntniß von diesen Verhandlungen nehmen und die von den Rednern ausgesprochenen Wünsche gewiß berücksichtigen werde. — Der Reinhard'sche Antrag wird hierauf angenommen, der Kerst'sche abgelehnt.

Demnächst werden sämmtliche Anträge der Commission zu diesem Etat (über die wir bereits berichtet haben) ohne Diskussion einstimmig angenommen, insbesondere auch die Anträge betreffs der Verwaltung des Kronfideicommißfonds, der Ablösung von Domänen-Gefällen und der Verkäufe von Domänen und Forstgrundstücken.

Es folgt der Bericht der Budget-Commission über den Etat der Hohenzollernschen Lande. Der Etat wird ohne Diskussion den Anträgen der Commission gemäß erledigt. — Der letzte Gegenstand der Tagesordnung sind die Etats der Post-, Gesetzsammlungs- und Zeitungs-Verwaltung, der Telegraphen-Verwaltung, der Porzellan-Manufaktur und der Gesundheitsgeschirr-Manufaktur. Der erste Antrag der Commission geht dahin: „Die Regierung aufzufordern, das Bestellgeld für Zeitungen im Bezirke der Postanstalten wieder auf den früheren Satz herabzusetzen.“ — Der Reg.-Commissar, Geh. Rath Philippsborn, wiederholt seine in der Commission bereits abgegebene Erklärung: es sei im Ministerium zur Zeit der Herabsetzung des Bestellgeldes für Landbriefe zur Sprache gekommen, daß das Bestellgeld für Zeitungen den dafür gewährten Leistungen nicht angemessen sei; deshalb sei die Wiederherstellung der früheren Sätze beschlossen worden. — Der Antrag wird angenommen.

Ueber das Extraordinarium an Kosten der Herstellung eines Dampfschiffes zur Postdampfschiffs-Verbindung zwischen Stralsund ꝛc. 63,000 Thlr. hat die Commission sich besonderen Bericht vorbehalten. Abg. Parrisius (Westhavelland) beantragt, nach dem vorher beim Etat für Handel ꝛc. gefaßten Beschlusse die 63,000 Thlr. des Extraordinariums auch hier zu bewilligen. — Der Referent, Abg. Runge, bemerkt, daß über die Dampfschiffverbindung selbst die Verhandlungen noch nicht beendet seien und Gefahr im Verzuge nicht liege. Er empfiehlt Ablehnung des Antrages. Das Haus verwirft den Antrag mit schwacher Majorität und stimmt dem Commissions-Antrage zu. — Die übrigen Positionen rufen keine Diskussion hervor und werden den Commissions-Anträgen gemäß erledigt. Damit ist die Tages-Ordnung erledigt und schließt die Sitzung um 1½ Uhr. Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. Tages-Ordnung: Die Veteranengesetze.

Berlin, 21. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem kais. russischen General-Feldmarschall Fürsten von Bariatinsky den schwarzen Adlerorden zu verleihen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Rentbeamten des Domstifts zu Brandenburg, Major a. D. Derling, und dem Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter, Rechnungsrath Jany zu Königsberg in Preußen den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Bauck zu Cöslin, und dem Steuer-Einnehmer Nay zu Fiddichow im Kreise Greifenhagen den rothen Adlerorden vierter Klasse, so wie dem Förster Bonk zu Bartschdorf in der Oberförsterei Bobiele, Regierungsbezirk Breslau, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den General-Lieutenant, General-Adjutanten und Ober-Stallmeister Freiherrn von Willisen zu Allerhöchstihrem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am päpstlichen Hofe zu ernennen; dem Appellationsgerichts-Rath Kniese zu Magdeburg bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Geheimer Justizrath zu verleihen; den Kreisgerichts-Rath Pahlke in Tapiau zum Director des Kreisgerichts in Heilsberg; und den Landraths-Amts-Verweser, Regierungs-Referendarius Heinrich Ferdinand von Helldorf auf Predel zum Landrath des Kreises Zeitz im Regierungsbezirk Merseburg zu ernennen; dem Registrator Barthelmé bei dem Charité-Krankenhause hierselbst; so wie dem Appellationsgerichts-Kanzlei-Inspector, Kanzlei-Secretair Schach in Ratibor den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen; und die Wahl des Oberlehrers Dr. Loth zum Director der Realschule in Ruhrort zu bestätigen.

Der Baumeister Menne zu Altenbeken ist zum königl. Eisenbahnbaumeister ernannt worden. — Der Kanzlei-Assistent Schrobsdorff ist als Geheimer Kanzlei-Secretair beim General-Postamte angestellt worden.

Bekanntmachung. Die an Matrosen und Soldaten im Dienste der Vereinigten Staaten von Nordamerika unfrankirt abgehenden Briefe werden von den nordamerikanischen Post-Anstalten größtentheils nach dem Aufgabeorte zurückgesandt, weil die jenseitigen Post-Anstalten keine Gelegenheit haben, von den im Felde oder an Bord der Schiffe befindlichen Adressaten Beträge an Porto einzuziehen. Es wird deshalb empfohlen, die Briefe an die im Dienste der Vereinigten Staaten stehenden Soldaten und Seeleute frankirt abzusenden. Berlin, den 19. Februar 1863.

General-Post-Amt. Philipsborn.

Der beklagenswerthe Unfall, welcher am 13. d. M. zwei Angehörige des königl. Gewerbe-Instituts betroffen hat, steht in keiner Beziehung zu dem Unterricht in der praktischen Chemie, welchen die Studirenden in dem Laboratorium des Instituts erhalten. Er trat bei einer Untersuchung von rein wissenschaftlichem Charakter und Zweck ein, welche einer der Assistenten, Herr Weyl, auf eigenen Wunsch und unter seiner alleinigen Verantwortlichkeit unternommen hatte, und es war nur ein lebhaftes Interesse an dem Gegenstande, welches einen der Studirenden, Herrn Adrian, bewog, Herrn Weyl bei seinen Versuchen zu unterstützen, obwohl er dazu nicht nur keine Veranlassung hatte, sondern von dem Dirigenten des Laboratoriums selbst, Herrn Professor Dr. Rammelsberg, aufgefordert worden war, sich einer solchen Hilfsleistung ganz zu enthalten.

Beide wurden leider durch eine Explosion beschädigt, während sie in einem besonderen Raume, entfernt von den gemeinsamen Arbeitsräumen des Laboratoriums, die Wirkung von Ammoniak auf Quecksilberoxyd in der Wärme untersuchten.

Daß chemische Versuche nicht immer gefahrlos sind, und daß selbst die größte Erfahrung und Umsicht nicht vermögen, die Gefahr unter allen Ständeu vorherzusehen, ist allbekannt.

In der augenärztlichen Klinik des Herrn Professors von Graefe werde die beiden Verwundeten mit der größten Sorgfalt gepflegt, und läßt der Ausspruch des Herrn von Graefe hoffen, daß Jedem derselben ein Auge erhalten bleiben wird. Berlin, den 20. Februar 1863. Der Director des königl. Gewerbe-Instituts. Nottebohm.

Der Privatdocent Dr. Niehues ist zum außerordentlichen Professor der Geschichte in der philosophischen Fakultät der Akademie zu Münster ernannt worden.

Die Lehranstalt zu Kreuzburg im Regierungsbezirk Oppeln ist als höhere Bürgerschule im Sinne der Unterrichts- und Prüfungs-Ordnung vom 6. Oktober 1859 anerkannt worden.

Berlin, 21. Febr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Seconde-Lieutenant Mende von der magdeburgischen Artillerie-Brigade Nr. 4 die Erlaubniß zur Anlegung des von des Herzogs von Sachsen-Meiningen Hoheit ihm verliehenen, dem herzoglich sachsen-ernestinischen Hausorden affiliirten Verdienstkreuzes zu ertheilen.

Berlin, 12. Febr. [Seine Majestät der König] empfingen um 11 Uhr die militärischen Meldungen, nahmen im Laufe des Vormittags die Vorträge des General-Lieutenants und General-Adjutanten Freiherrn von Manteuffel, des Wirklichen Geheimen Raths, Geheimen Kabinets-Raths Illaire und des Präsidenten des Staatsministeriums, von Bismarck-Schönhausen, entgegen. (St.-A.)

[Militär-Wochenblatt.] v. Kameke, Major und Vorstand des Art.-Depots zu Berlin, als Abtheilungs-Kommandeur in die Pomm. Art.-Brig. Nr. 2 versetzt. Miesitschek v. Wischkau, Hauptm. und Art.-Offiz. vom Platz in Glogau, zum Major, Wever, Pr.-Lt. à la suite der Schles. Art.-Brigade Nr. 6 und Direktions-Assistent bei der Geschützgießerei zu Spandau, zum Haumtmann befördert. Bloch- v. Blottnitz, v. Garczynski, Hauptleute von der Schles. Art.-Brig. Nr. 6, zu Komp.- resp. Battr.-Chefs ernannt. Frhr. v. d. Goltz, v. Rheinbaben, Pr.-Lts. von derselben Brigade, zu Hauptleuten, Richter- v. Steinbach, Minor, Sec.-Lts. von derselben Brigade, zu Pr.-Lts., Stoepel, Pr.-Lt. von der Art. 1. Aufgeb. des Bats. Wohlau Nr. 38, zum Hauptm., Dr. Löwenthal, Unterarzt vom 1. Posener Inf.-Regt. Nr. 18, zum Assistenzarzt befördert. Den im Reserveverhältniß befindlichen praktischen Aerzten und Wundärzten: Dr. Pernaczynski vom 2. Pos. Landw.-Rgt. Nr. 19, Dr. Arndt, Dr. Huethe vom 1. Oberschles. Landw.-Regt. Nr. 22, Hiersemann, Assistenzarzt vom 1. Schles. Gren.-Regt. Nr. 10, mit Pension und Aussicht auf Anstellung im Civildienst, Dr. Gobert, Stabsarzt vom medic. chir. Friedr.-Wilh.-Institut, zum Ober-Stabsarzt bei dem berliner Invalidenhause, mit Hauptm.-Rang, unter der Verpflichtung zur Mitwahrnehmung der Funktionen eines Lehrers und Arztes bei der Central-Turn-Anstalt, befördert. Dr. Bruck, Assistenzarz des 1. Niederschles. Infant.-Regt. Nr. 46, entlassen. Giersdorf, Assistenzarzt vom 3. Bat. 4. Niederschles. Regts. Nr. 11, zum 2. Bat. 3. Niederschles. Regts. Nr. 10 versetzt. Dr. Lorenz, Assistenzarzt vom 1. Bat. 3. Niederschles. Regts. Nr. 10, entlassen. Dr. Loebinger, Assistenzarzt vom 2. Bat. 2. Oberschles. Regts. Nr. 23, zum 1. Bat. 1. Oberschles. Regts. Nr. 22 versetzt.

Berlin, 21. Febr. [Die heutigen Depeschen aus London und Paris] bestätigen die Erwartung, daß die Regierungen Englands und Frankreichs gegenüber der preußisch-russischen Convention eine entschieden feindselige Haltung einnehmen. Der Eindruck, den diese Nachrichten auf die heutige Börse machten, läßt sich leicht ermessen. Unser Courszettel registrirt die bezüglichen Thatsachen und es bleibt uns an dieser Stelle daher nur übrig, die Auffassung hevorzuheben, von welcher das Geschäft schließlich geleitet wurde. Dieselbe spricht sich in einer vollständigen Niedergeschlagenheit aus, natürlich weniger über die Niederlage, welche die preußische Politik in dieser Frage in immerhin freilich bedauernswerther Weise erlitten hat, als vielmehr Angesichts der nahe liegenden Gefahr ernster Verwickelungen mit den Westmächten, namentlich mit Frankreich. Wir haben schon früher dargethan, welch großes Interesse Frankreich daran hat, sich von der unpopulären Intervention in Mexico zurückzuziehen, daß dies aber nur dann möglich und wahrscheinlich ist, wenn die öffentliche Meinung in Frankreich durch anderweite populäre Engagements unserer westlichen Nachbarn beschäftigt wird. Es läßt sich nicht verkennen, daß diese Bedingung vollständig erfüllt wird durch Differenzen mit einer deutschen Macht aus Anlaß freiheitlicher Bestrebungen der Polen. In Frankreich giebt es keine populärere Frage, als die polnische, und einem Zuge an den Rhein im Zusammenhange mit derselben würden leider ohne Zweifel die Sympathien fast aller Parteien folgen. Freilich darf man auch sagen, daß die mexicanische Angelegenheit noch nicht zu einem Abschlusse gereift ist; indeß bleibt dabei doch auch wieder zu bedenken, daß Mexiko dem Kaiser Napoleon in der Erkenntniß, daß es doch früher oder später wird nachgeben müssen, zu einem Rückzuge goldene Brücken bauen wird, damit ist dann aber die Sache vollreif. Diese Conjecturen beherrschten das Geschäft in der zweiten Börsenhälfte vollständig und man nahm vielfach sogar die Gefahr schon für näher liegend an, als sie doch wohl in der That liegt. Mitbestimmend war dabei die Unterstellung, daß eine Lösung der Frage schwerlich anders möglich sein werde, als durch ein vollständiges Aufgeben der auch von der diesseitigen Landesvertretung nicht gebilligten Convention und durch einen Ministerwechsel, der dem System, das so glänzend Fiasko gemacht, den letzten Rest giebt. Für eine solche Lösung sind nun aber leider im Augenblick anscheinend die Verhältnisse noch wenig günstig. Ob jedoch der Einfluß der Westmächte, der in so unerwarteter Weise Gelegenheit hat, sich geltend zu machen, nicht eine Wandlung herbeiführt: wer möchte es verneinen, ohne mit seinen eigenen Wünschen in einen gewissen Widerstreit zu gerathen.

[Der Kronprinz] wird gegen Ende dieser Woche nach London abreisen und dort spätestens am 3. März eintreffen, die Rückkehr nach Berlin erfolgt am 14. März, da das kronprinzliche Paar wie sämmtliche Mitglieder der königlichen Familie zur Säkularfeier des 17. März in Berlin zusammen sein werden.

[Wahrscheinlicher Schluß des Abgeordnetenhauses.] Ein großer Theil der Abgeordneten ist der Meinung, daß das Abgeordnetenhaus noch vor der Feier des 17. März aufgelöst oder dessen Session geschlossen werden wird. Man nimmt den 15. März dafür an.

[Der Handelsstand gegen die russisch-preußische Convention.] Bei dem weitgreifenden Einfluß, den eine active Theilnahme Preußens an der Unterdrückung der Bewegung in russisch Polen in ihren unmittelbaren und mittelbaren Folgen auf den deutschen Handel ausüben muß, haben eine große Anzahl bedeutender hiesiger Firmen beschlossen, sich mit dem Antrage an das Aeltesten-Collegium der hiesigen Kaufmannschaft zu wenden, bei dem Handels- resp. Staats-Ministerium in Betreff der großen Gefahren vorstellig zu werden, welche dem Handel drohen, wenn Preußen das Prinzip der Nichtintervention, wie es anscheinend der Fall sein wird, verläßt oder auch nur seine gegenwärtige zweifelhafte Haltung länger aufrecht erhält. Es ist nicht zu bezweifeln, daß das Aeltesten-Collegium dem Antrage entsprechen wird. Weiter soll an alle Handelskammern und kaufmännische Corporationen der Monarchie ein Circular erlassen werden, um sie zu ähnlichen Vorstellungen an die Staatsregierung zu vermögen. Man hofft, auf diese Weise ziemlich einmüthige Aeußerungen der berufenen Vertreter des preußischen Handelsstandes und seiner Interessen zu erzielen, und von diesen Aeußerungen jedenfalls den Erfolg, daß in den entscheidenden Kreisen die großen Gefahren einer Politik in geeigneter Weise zur Anschauung gebracht werden, in welche Preußen einlenken zu wollen scheint. Ging man bisher von der Anschauung aus, daß das Interesse einer einzigen Stadt vor einer großen militärischen oder politischen Action des Staates zurücktreten müsse, so wird man nach derartigen Kundgebungen des gesammten Handelsstandes sich der Auffassung schwerlich verschließen können, daß es sich nicht um widersprechende Interessen einer einzigen Stadt, sondern des ganzen Landes handelt.

[Die bevorstehende Messe in Frankfurt a. d. O.] dürfte erheblich unter der Einwirkung der polnischen Insurrektion zu leiden haben. Numerisch bilden die Polen, die zur frankfurter Messe zu erscheinen pflegen, etwa ein Viertel der überhaupt dahin kommenden Käufer, ein Verhältniß, das sich indeß ändert, wenn man erwägt, daß der Bedarf dieses Viertels an Waaren dem der übrigen drei Viertheile mindestens gleichkommt. Denn während jeder Kleinhändler aus den nahe gelegenen Ortschaften zum Einkauf seines geringen Bedarfs nach Frankfurt kommt, haben die polnischen Käufer meistens sehr ausgedehnte Einkäufe daselbst zu machen. Rechnet man hierzu, daß auch diejenigen inländischen Käufer ausbleiben dürften, welche sonst ein sehr zahlreiches Contingent zu den Meßbesuchenden stellten, namentlich alle Kaufleute aus den der polnischen Grenze nahe gelegenen Ortschaften Westpreußens, Posens und Schlesiens, in welchen der polnische Aufstand eine völlige Stockung des Kleinhandels hervorgerufen hat, so ist mit vieler Wahrscheinlichkeit zu präsumiren, daß die bevorstehende Messe die unbelebteste sein wird, welche seit langer Zeit statt hatte. Die Fabrikanten und Grossisten, welche als Verkäufer nach Frankfurt gehen werden, dürften bei dem Mangel an Käufern sich in einer um so schwierigeren Lage befinden, als die Preise des Rohmaterials, namentlich der Baumwolle und Seide, erheblich gestiegen sind, während natürlich die in Frankfurt erscheinenden Käufer sich die Situation werden insofern nutzbar zu machen suchen, daß sie auf die Preise drücken werden. Eine so mißliche Lage soll denn auch in den Kreisen der hiesigen Fabrikanten genügend gewürdigt und in Folge dessen mehrfach davon Abstand genommen sein, die Messe in Frankfurt a. d. O. diesmal mit Waaren zu beziehen, so daß auch die Zahl der Verkäufer und namentlich solcher mit Waarenlagern eine bedeutend geringere sein dürfte, als in früheren Jahren. (B. B.-Z.)

[Die bereits angekündigte staatsrechtliche Schrift des Grafen Arnim-Boytzenburg] über das Recht des Herrenhauses bei Fetzsetzung des Staatshaushaltes ist so eben in einem hiesigen Verlage erschienen.

[Zwei Preßprozesse], in denen die Staatsanwaltschaft den Antrag auf Vernichtung der incriminirten Schriftstücke gestellt hatte, wurden gestern vor der vierten Deputation des hiesigen Stadtgerichts verhandelt. Auf Vernichtung wurde erkannt gegen die in Hamburg erschienene Broschüre: „Zur Warnung vor der preußischen Compensation in der preußischen Militärfrage von W. Rüstow, die wegen Majestätsbeleidigung incriminirt war. Dagegen wurde der Vernichtungsantrag der Staats-Anwaltschaft in Bezug auf eine Nummer der „Südd. Ztg.“, in welcher eine Beleidigung des Ministerpräsidenten v. Bismarck gefunden war, zurückgewiesen und die Beschlagnahme dieser Nummer aufgehoben. Ein dritter Preßprozeß, der gestern noch entschieden wurde, betraf die hier im Verlage von Warnsdorf erschienene Broschüre: „Preußens Ruin.“ Angeklagt war der (zu der feudalen Partei gehörige) Regierungs-Referendarius v. Böhn als geständiger Verfasser und der Buchhändler Warnsdorf als Verleger; der Letztere hatte nämlich zugestanden, die Correctur der Broschüre besorgt zu haben und es war daraus gefolgert worden, daß er vor Veröffentlichung derselben von ihrem Inhalt Kenntniß gehabt, sich also der Theilnahme an den darin gefundenen Vergehen schuldig gemacht habe. Die Anklage war erhoben wegen Schmähung von Anordnungen der Obrigkeit (als welche hier die ministeriellen Wahlerlasse angesehen sind) und wegen Beleidigung des Ministers a. D. v. d. Heydt. Das Gericht sprach das Schuldig gegen beide Angeklagte aus, aber nur wegen Beleidigung des Hrn. v. d. Heydt, verurtheilte v. Böhn zu vier und Warnsdorf zu drei Wochen Gefängniß, und erkannte auch auf Vernichtung der incriminirten Stellen.

[Zur Convention.] Die „Berl. Allg. Z.“ fordert ihre politischen Freunde dringend auf, alle Bedenken gegen incorrecte Ausdrücke in Bezug auf die Schulze-Hoverbeck'sche Resolution (preuß. russ. Convention) aufzugeben, damit in der Hauptsache, auf die es allein ankommt, das Land durch ein möglichst einmüthiges Votum beruhigt wird.

[Zu den Gerüchten über eine Ministerkrisis] schreibt die „Nordd. A. Z.“: „In Landtags- und Börsenkreisen zirkuliren seit gestern die mannichfachsten und abenteuerlichsten Gerüchte über eine Ministerkrisis, welche angeblich in Folge der Verhandlungen über die Konvention mit Rußland eingetreten sei. Die heutigen Morgenblätter enthalten die abweichendsten Lesarten über Ursache und Richtung jener vermeintlichen Krisis. Nach der einen wäre die Konvention ganz ohne Wissen des Ministeriums, nach anderen wenigstens ohne Mittheilung an das Gesammt-Ministerium abgeschlossen worden; wir glauben vollständig berechtigt zu sein, alle diese Behauptungen für völlig unberechtigte Konjekturen zu halten. In Kreisen, welche hierüber gut unterrichtet sein sollten, wird das Vorhandensein der Krisis ebenso bestimmt wie die vorgeblichen Ursachen derselben in Abrede gestellt.

[Zu den Gerüchten über die Ministerkrisis] schreibt die „Nat.-Ztg.“: Wir gestatten uns kein Urtheil über den Werth jener Gerüchte, constatiren aber mit Vergnügen, daß die Feudalpartei ihre Solidarität mit der Politik des Herrn v. Bismarck festhält, wie sie es denn ja gewesen ist, welche mit der Convention nicht zufrieden, sogar den sofortigen Belagerungszustand über Posen und Westpreußen herbeizuführen bemüht war. Jetzt noch im hohen Tone der allein regierungsfähigen Partei von der Bedeutung der oppositionellen Bestrebungen zu reden, ist nach allen Zeichen der Zeit etwas wunderbar. Ob es nicht die Feudalen waren, die sich in den leichtfertigsten Selbsttäuschungen gewiegt haben, wird vielleicht sehr bald kund werden; in früheren Perioden haben wir von ihrer Seite keine bedeutenden Proben von Muth erlebt, wenn einmal ein ernstliches Gewitter heraufzog. Der liberalen Partei wird nur die Sorge obliegen, daß, wenn Hochmuth vor den Fall kommt, der Staat wenigstens gerettet aus dieser Krisis hervorgehe.

[Allmählicher Rückzug.] Die ganze Haltung der Regierungs-Presse mit Einschluß der „Kreuzzeitung“ zeigt, daß man nachträglich über die Folgen der Convention etwas besorgt zu werden beginnt. Was die Feudalen betrifft, so hat man schon öfter die Erfahrung gemacht, daß, wenn die Verwickelungen, zu denen sie hingedrängt, einen ernsten Charakter anzunehmen beginnen, die großen Redensarten plötzlich erlahmen, und sie sich nach irgend einem Sühnopfer umsehen, dem die Schuld dann aufgelegt wird. Die „Kreuzzeitung“ deutet bereits sehr vernehmlich an, daß im Grunde die Gefahr für Posen ein leeres Schreckbild sei. Sie enthält heute folgende auffallende Notiz:

Wie uns aus der Provinz Posen mitgetheilt wird, sind fast alle hervorragenden Persönlichkeiten des polnischen Adels dort entschiedene Gegner des jetzigen Aufstandes. Sie gehören zu der sog. aristokratisch-klerikalen Partei und bemühen sich auf alle mögliche Weise, der demokratischen Agitation entgegen zu treten, weil dieselbe nur Unglück über ihr Vaterland bringen könne.“

Nun, wenn nicht blos die Deutschen in Posen, sondern auch die polnischen Adeligen und Geistlichen Gegner des Aufstandes sind, so begreife Jemand die Politik der Regierung!

[Nationalfonds.] Von Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen ist der „Nationalzeitung“ eine weitere Sendung von 42 Rubeln für den Nationalfonds zugegangen.

[Die Verlobung der Prinzessin Alexandrine mit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin] steht, trotz der Dementi's vieler Zeitungen, in Aussicht. Der Zeitpunkt ist jedoch noch nicht festgestellt.

[Dem jüngsten Besuche des Herzogs von Braunschweig] am hiesigen Hofe wird eine politische Bedeutung beigelegt. Derselbe stand lange Zeit auf gespanntem Fuße mit dem hiesigen Hofe und

pflegte auf seiner Durchreise hier nur zu übernachten. Seine jetzige Anwesenheit wird mit der Frage über die Zukunft Braunschweigs in Verbindung gebracht.

[Die Nachricht von der bevorstehenden Herkunft des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen,] wenn auch nur zum Besuch des Hofes, belebt die Alt-Liberalen wieder mit neuen Hoffnungen.

[Die Erklärung des Regierungs-Commissars Geh. Raths Stiehl in Bezug auf das Unterrichtsgesetz erinnert lebhaft an jenen wissensdurstigen Jüngling, welcher sich von einem Professor ein Buch geborgt hatte und es diesem nach 9 Jahren mit der Bemerkung zurücksandte, er habe noch nicht Muße gehabt, das Buch zu lesen, und würde sich daher dasselbe später einmal auf längere Zeit ausbitten.

[Der Confiscirung] der Postausgabe der „Volkszeitung“ am Sonnabend Abend ist Sonntag Früh die Beschlagnahme der „Berliner Börsenzeitung“ gefolgt. Der Wahn einer Pause in den ewigen Preßmaßregelungen war kurz — die Reue wird desto länger sein.

K. C. [Die zur Vorberathung der Hoverbeck-Carlowitzschen Resolution wegen der polnischen Frage eingesetzte Commission] des Hauses der Abgeordneten hielt gestern Sitzung. Seitens des Ministeriums ist Niemand erschienen, weder ein Minister noch ein Commissarius; auch lag keine Anzeige irgend welcher Art von der Regierung vor. Nachdem die Commission fast eine halbe Stunde gewartet hatte, eröffnete der Vorsitzende Schulze-Delitzsch die Verhandlungen. Es wurde zunächst constatirt, daß die Anzeige über die abzuhaltende Sitzung am Donnerstag Früh an das Ministerium abgegangen war, und dann auf Antrag des Abg. Reichenheim beschlossen, dieses — bisher unerhörte — Verfahren der Regierung im Protokoll zu vermerken.

Ref. v. Sybel verwies auf die notorischen Thatsachen, welche das Haus zu einer Erklärung veranlassen müßten — den Uebertritt russischer Truppen auf preuß. Gebiet, die dann mit klingendem Spiel zurückgeführt seien. Schon dies Factum genüge, um die Nichtneutralität zu constatiren, um die Resolution zu rechtfertigen. Denn es sei klar, daß in Consequenz davon die Insurgenten einen völkerrechtlichen Titel zu Repressalien erhielten, soweit sie dazu die Macht hätten. Dazu kämen die Gerüchte von einer Convention, die allmählich in der Sache übereinstimmten und nur in Bezug auf die Form noch von einander abwichen; daß ein Grenzgürtel von etwa drei Meilen von beiden Seiten als gemeinsames Kriegsterrain erklärt sei, scheine positiv. Auch habe der Ministerpräsidant selbst das privatim bestätigt. In ganz Europa werde die Sache nicht mehr bezweifelt. Zwar solle von einer Intervention über diese Cooperation hinaus keine schriftliche Verabredung getroffen sein, aber von guter Seite verlaute, daß das Nöthige mündlich verabredet, wenn nicht vielleicht, wie andere sagen, in geheimen Artikeln stipulirt sei. Aus dem Schweigen des Ministerpräsidenten bei der letzten Interpellation folge die Existenz der Convention mit Nothwendigkeit. — Nach allem diesen sei die Annahme der Resolution eine vaterländische Pflicht des Hauses. Ein großer Theil des preuß. Areals, mehrere hundert Quadratmeilen, seien durch diesen geheimen Akt der Regierung allen Greueln des Krieges geöffnet, darüber vor Deutschland und Europa zu reden, habe die preuß. Volksvertretung eine heilige Pflicht. — Nicht gegen den Schutz der Grenzen gehe die Resolution; sie spreche keine Sympathie aus, fälle kein Urtheil für oder gegen die Bewegung; nur für das preuß. Vaterland nehme sie Partei, nur preuß. Politik dürfe die preuß. Volksvertretung machen. — Auch aus Gründen der Verfassung habe das Haus das Recht und die Pflicht einer Erklärung. Artikel 48 der Verfassung spreche von Kriegserklärungen und Verträgen. Im vorliegenden Falle handle es sich nicht um eine Kriegserklärung; davon könne Insurgenten gegenüber nicht die Rede sein. Es handle sich also nur um einen Vertrag, durch den dem Staate und dem Einzelnen Lasten erwüchsen. Denn daß das Letztere der Fall, sei doch klar. Das Haus müsse nun jedes Mittel ergreifen, sich über den Inhalt der Convention zu informiren; und danach könne es die Vorlage derselben verlangen.— Der Minister selbst habe zugegeben, die Sache werde wohl ein paarmal hunderttausend Thaler kosten. Das werde so hingeworfen, als wäre es nichts! Unerhört sei aber, daß die Regierung eine außerordentliche Ausgabe mache der Volksvertretung ins Angesicht und dabei von der Forderung einer Geldbewilligung keine Silbe sage. In England würde, um einer solchen Sache willen das Parlament einberufen sein; hier sei die Volksvertretung versammelt, und doch ignorire man sie.

Eine Anzahl Amendements gingen ein. Die Abg. v. Sänger und v. Bonin wollten die Action der Regierung auf den Schutz der Landesgrenzen beschränken; Abg. v. Bunsen zog die Rechtsverletzungen im Posenschen und die Convention in seinen Antrag; Abg. Twesten und Meibauer beantragen präcisere Fassungen.

Abg. v. Sänger erkannte es als eine Pflicht des Hauses an, sich gegen eine Cooperation mit Rußland zu erklären, aber der Plan einer wirklichen Intervention sei wohl nie über eine abenteuerliche Velleität hinausgekommen und könne jetzt, wie er zu wissen glaube, als abgethan gelten. Indessen habe das Bekanntwerden des Planes das Land beunruhigt. Die Vereinbarung wegen des Grenzgürtels scheine ihm eine Thatsache. Wohl habe das Ministerium die Verpflichtung, die Grenzen zu schützen, aber eine solche Convention provocire die Gefahr, locke den Krieg auf unser Gebiet. — Dem Wortlaute der Resolution könne er sich aber nicht anschließen. Die kriegführenden Parteien seien nicht gleichberechtigte, wie etwa zwei souveräne Staaten, und die Resolution scheine jedenfalls eine Gleichberechtigung auszusprechen. Daß die Regierung den Aufständischen Begünstigung zuwende, daran denke übrigens doch ernstlich Niemand. Er wolle also die Regierung auf solche Maßregeln beschränken, welche „geeignet sind, den Schutz der preußischen Grenzen zu sichern und die Zuführung von Kriegsbedarf an die Insurgenten zu hindern; gegen das Uebertreten bewaffneter Corps wolle auch er Verwahrung einlegen.

Abg. v. Twesten fand ebenfalls in der Resolution eine Anerkennung der Gleichberechtigung der beiden kriegführenden Parteien; Rußland sei doch eine befreundete Regierung; man könne ihr die Rückkehr ihrer eigenen Truppen nicht abschlagen, wenn sie dieselbe verlange; die Entwaffnung übergetretener Corps folge schon aus dem Hoheitsrechte, nicht erst aus der Neutralität; er wolle seine Verwahrung dahin richten, daß russische Truppen nicht das preußische Gebiet „zum Zwecke militärischer Operationen“ betreten dürften. Die Resolution müsse sich lediglich gegen die Regierung wenden, und deshalb beantrage er im ersten Satze zu sagen: „das Interesse Preußens erfordert, daß die kgl. Staatsregierung der russischen Regierung zur Bekämpfung des polnischen Aufstandes keine Hilfe leiste.“ Die Uebergriffe der Verwaltung im Posenschen (z. B. in Pleschen in Bezug auf das Vereinsrecht) hier heranzuziehen, wie Bunsen wolle, scheine ihm nicht zur Sache zu gehören. Die Vorlage der Convention zu fordern, sei verfrüht; der Art. 48 der Verfassung habe nicht vorübergehende Lasten im Auge, sondern nur solche Lasten, welche der Staat durch den Gehalt des Vertrages dauernd übernehme.

Abg. v. Rönne: Schon die Proclamation des Oberpräsidenten und des kommandirenden Generals beweise, daß unsere Regierung sich ganz auf Seite der russischen Regierung gestellt habe. Der Ausdruck der „Neutralität“, den die Vorredner im vorliegenden Falle nicht für anwendbar hielten, passe ganz wohl auf solchen inneren Bürgerkrieg; so sei die Sache schon 1794 in Nordamerika angesehen und darnach auch von England. — Die Commission scheine in der Sache einig, die Amendements verlören sich in Casuistik; es sei unmöglich, alle Fälle aufzuzählen, in denen die Neutralität verletzt werde; die einfachste Form reiche aus; das Interesse Preußens erfordert, daß die Regierung das Prinzip der Nichtintervention auf das Strengste wahre.

Abg. Röpell: Die Resolution müsse sich richten auf dasjenige, was sie veranlaßt habe, auf die Convention; wenn diese vielleicht auch nicht unter Artikel 48 der Verfassung falle, so berühre sie doch Leben und Eigenthum preußischer Unterthanen. Eine solche Convention, müsse man erklären, gefährde das Interesse Preußens. Er beantrage eine motivirte Erklärung in diesem Sinne.

Abg. Meibauer zog sein Amendement zu Gunsten des Rönne'schen zurück.

Abg. v. Bunsen motivirte punktweise seinen Antrag; 1) protestire derselbe gegen die Rechtsverletzungen im Posen'schen, welche flagrant und seit ihrer Besprechung im Hause durch den Abg. Kantak notorisch seien; dergleichen dürfe man nicht ignoriren; 2) wolle er die Regierung auffordern, von ihrer pflichtmäßigen Wachsamkeit jeden beunruhigenden Charakter fernzuhalten; 3) warne er die Regierung vor allen Verhandlungen mit Rußland, die auf eine militärische Cooperation dies- und jenseits der Grenze, oder gar auf Besetzung fremder Gebietstheile gerichtet wären; 4) fordere er, falls ein solches Abkommen getroffen sei, die Vorlage desselben auf Grund des Art. 48 der Verfassung, widrigenfalls das Haus der Abgeordneten sich weigern müßte, die dem Staate daraus erwachsenden Lasten seinerseits durch Creditbewilligungen zu decken. Gegenüber den jetzt schwebenden und anscheinend bereits dem Abschlusse nahen Verhandlungen, müsse das Haus, ehe es ganz und gar zu spät sei, im Namen des Landes eine Stellung einnehmen. Die gespannteste Aufmerksamkeit Europas sei nicht allein und vorzugsweise darauf gerichtet, was die Staatsregierung in Bezug auf den polnischen Aufstand gethan habe oder thue, auch nicht, welche Meinungen der Landtag darüber hege, sondern darauf, ob der preußischen Landesvertretung der Wille innewohne, die aus einem nicht genehmigten, die Interessen der preußischen Politik gefährdenden Vertrage erwachsenden Staatslasten zu verweigern.

Auf die Bemerkung, daß die beiden ersten Punkte seines Antrages ein novum enthielten und eine Frage berührten, die mit der Resolution an sich nichts zu thun habe, zog Abg. v. Bunsen diese ersten beiden Punkte seines Antrages zurück.

Abg. Techow hob gegen einzelne Vorredner hervor, daß die Resolution den entschiedenen Vorzug habe, gegen die kämpfenden Theile die strikteste Unparteilichkeit zu üben.

Abg. v. Bonin: Die Regierung sei zum Schutze der Grenzen verpflichtet, aber zu nichts mehr; er sei gegen jede Intervention und jede Cooperation mit Rußland. Indeß dürfe man die Regierung in der Erfüllung ihrer Pflicht nicht zu sehr beschränken. Auf die Convention, die man authentisch nicht kenne, dürfe man jetzt nicht eingehen. Ueber die Resolution hinauszugehen, wie Bunsen und Roepell wollen, sei nicht thunlich. — Die Resolution stelle die Insurgenten, eine Masse ohne eine de facto Regierung, und die befreundete russische Regierung in gleicher Weise einander gegenüber, und doch hätten die Antragsteller selbst den Ausdruck „Neutralität“ vermeiden zu müssen geglaubt, weil sie damit die Gleichstellung beider Parteien zu scharf ausgedrückt haben würden. Er beantrage, statt der Worte „weder“ bis „zuwende“ zu sagen: „sich auf den Schutz der diesseitigen Landesgrenzen beschränke.“

Abg. Immermann: Das Boninsche Amendement engagire für die künftige Bewilligung der Mittel und provocire damit die Reg. zu militärischen Demonstrationen.

Abg. v. Bonin verwahrte sich dagegen; er wolle nur den Schutz der Grenzen, nichts weiter; und dazu sei die Reg. verpflichtet. — Abg. Roepell zog sein Amendement zurück, ebenso Abg. v. Sänger das seinige zu Gunsten des Bonin'schen. — Abg. v. Hoverbeck als Antragsteller: Die von ihm beantragte Resolution gehe in ihrem Proteste gegen die Cooperation mit Rußland weiter, als der dritte Punkt des Bunsen'schen Amendements, über die Convention nach Zeitungsberichten zu beschließen, dagegen zu protestiren u. s. w., sei für das Haus nicht thunlich. Das Amendement Bonin fordere die Regierung zu etwas auf, was sie schon thue, und verwahre sich nicht scharf genug gegen ein weiteres Vorgehen der Reg., wahre die Unparteilichkeit nicht so streng, wie die Resolution. Das Amendement Twesten erkläre sich nur gegen eine „Unterstützung“ der kriegführenden Parteien; die Resolution wolle auch keine „Begünstigung“; ferner sei der Ausdruck: „zum Zweck militärischer Operationen“ dürfe kein bewaffnetes Corps übertreten, zu unbestimmt; damit sei alles zu machen; man werde nachher sagen, die Truppen seien nicht zu solchem Zweck übergetreten. — Abg. von Bunsen zog sein Amendement (zu Gunsten des Bonin'schen) zurück, desgleichen Abg. Twesten.

Referent v. Sybel constatirte die erfreuliche Uebereinstimmnng aller Mitglieder in der Sache selbst, kritisirte im Einzelnen die gestellten Amendements, sprach mit anerkennenden Worten den lebhaften Wunsch aus, daß gerade der Abg. v. Bonin sich geneigt finden lassen möge, der Majorität das Gewicht seiner Zustimmung zuzuwenden.

Die Amendements Rönne und Bonin wurden darauf gegen drei Stimmen abgelehnt und die ursprüngliche Resolution mit der vom Abg. v. Hoverbeck beantragten Veränderung eines Wortes mit allen gegen drei Stimmen angenommen; sie lautet: „Das Interesse Preußens erfordert, daß die königliche Staatsregierung gegenüber dem im Königreiche Polen ausgebrochenen Aufstande weder der russischen Regierung noch den Aufständischen irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende, demgemäß also auch keinem der kämpfenden Theile gestatte, das preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten.“

Zum Referenten für das Plenum wurde Abg. v. Sybel gewählt und schriftliche Berichterstattung beschlossen. Heut Abend soll der Bericht festgestellt werden. Vielleicht gelingt es dann noch, die Einigung über die Form herbeizuführen, die von allen Mitgliedern der Commission dringend gewünscht wird.

Hagen, 18. Febr. [Maßregelung.] Dem Landwehr-Offizier und Fabrikbesitzer Herrn Elbers ist wegen seiner Betheiligung bei den Sammlungen für den Nationalfonds und an der Feier des 3ten Februar vom General-Kommando ein dreitägiger Stubenarrest dictirt. Der Betreffende hat sich darauf beeilt, seine Entlassung aus dem Offizierstande nachzusuchen.

Oesterreich.

Venedig, 17. Februar. [Der Carneval] ist nun zu Ende, ohne daß wir, wenigstens öffentlich, von dessen Existenz das Geringste gemerkt hätten. In Privathäusern wurde zwar viel, mehr als sonst getanzt. Die öffentlichen Belustigungen aber, mit Ausnahme der Theater und Schaubuden, fehlten gänzlich, und Masken haben wir nicht eine einzige erblickt. (Pr.)

Italien.

Rom, 14. Febr. [Der zum diplomatischen Vertreter Preußens am römischen Hof ernannte General von Willisen] ist eingetroffen. Se. Heiligkeit der Papst empfing ihn heute in einer Audienz mit vieler Auszeichnung und nahm sein Beglaubigungsschreiben entgegen.

Neapel, 13. Febr. [Execution.] Zu Fagnano in Calabria Citeriore sind auf Befehl des Obersten Fumel 10 Briganten erschossen worden.

Frankreich.

Paris, 21. Febr. [Zum polnischen Aufstand.] Der „Constitutionnel“ enthält folgenden von Limayrac gezeineten Artikel. Der Aufstand in Polen hätte als ein inneres polit. Ereigniß betrachtet werden können; die Einmischung Preußens hat ihn in eine europäische Frage verwandelt. Die einmüthige Mißbilligung, die sein Verhalten erfahren, hat Preußen überzeugen können, daß es einen großen Fehler gemacht hat, indem es mit Rußland eine Solidarität herzustellen sucht, die nicht mehr existirt. Die Convention vom 8. Februar erzeugt eine falsche Position für Rußland und Preußen; wenn sie in dem Geiste abgefaßt ist, wie verlautet, so kann sie schwere Folgen haben. Man kann fürchten, daß Dank dem Eifer Preußens, Rußland gegen die polnische Insurrektion Hilfe zu leisten, Europa unter den neuen Landkarten den alten Namen Polen wieder vorkommen, und statt einer Auflehnung von Unterthanen gegen ihre Regierung das Rückfordern (revendication) einer Nationalität vor sich sehen wird. Eine solche Convention hieße die ganze Frage von Neuem stellen, das Schauspiel der Theilung wieder vorführen und einen ungerechten Act, gegen den das Gewissen der gegenwärtigen Generation zu protestiren nicht aufgehört hat, aus freiem Antriebe der Welt vor Augen bringen; damit wäre eine große Beunruhigung, eine tiefe Bewegung in Europa hineingeworfen. Und in welch einem Augenblicke glaubt Preußen eine solche Verantwortlichkeit auf sich nehmen zu müssen? In dem Augenblick, wo Frankreich ein Beispiel von scrupulöser Achtung der Verträge und von großer politischer Mäßigung giebt und, seinen lebendigsten Sympathien Gewalt anthuend, sich enthalten hatte, auch nur mit einem Worte das Interesse auszudrücken, welches es stets für seine alten unglücklichen Alliirten gehegt hat und hegen wird! Wir wollen noch hoffen, daß der Wortlaut der Convention diese Befürchtungen zum größeren Theil zerstreuen werde. Jedenfalls hat es Preußen nicht an Freundesrath gefehlt; es weiß heute, was das ganze liberale Europa von dieser Verletzung des Nicht-Interventionsprinzips denkt. (W. T. B.)

Belgien.

Brüssel, 18. Febr. [Das Befinden des Königs] ist in ein sehr erfreuliches Stadium eingetreten. Gestern hat Se. Majestät in unverschlossenem Wagen an dem hier üblichen Corso Theil genommen und überall die enthusiastischen Beweise der allgemeinen Liebe und Theilnahme empfangen.

Künftige Woche findet im hiesigen Schlosse ein Gala-Diner statt, zu welchem der gesammte diplomatische Körper eingeladen ist und bei dem der König zum erstenmale wieder präsidiren wird.

Rußland.

Unruhen in Polen.

≏ **Warschau,** 20. Febr. [Officielle Berichte. — Ruhe in Warschau.] Der heutige „Dziennik“ enthält folgende officielle Mittheilungen: „Der Major Rakusza vom wologodzker Inf.-Regiment hat, nachdem er am 15. Februar mit 2 Compagnien Infanterie und 50 Kosaken Lublin verlassen, eine Bande Aufständischer unter Anführung eines gewissen Bogdanowicz verfolgt und den 17. in Ruda (nordöstlich von Chelm) am Bug erreicht. Diese Bande wurde aufgehoben; auch eine andere unter einem gewissen Radzewski, welche herbeieilte, um die Truppe des Bogdanowicz zu unterstützen und zu befreien, wurde durch dieselbe Militärabtheilung aufgehoben. Die Aufständischen haben ungefähr 400 Todte gehabt, auch hat man ihnen eine bedeutende Anzahl Fuhrwerke, 63 Pferde und ihre Papiere und Correspondenzen abgenommen. Das Militär hatte 4 Verwundete.“ — „Die Stadt Miechow ist zur Nachtzeit durch eine Bande von 3000 Aufständischen angegriffen worden, welche bei Beginn des Angriffs viele Häuser niedergebrannt haben. Das Militär versammelte sich auf dem Ringe und zerstreute die Aufrührer, von denen man ungefähr 400 Mann getödtet und eine bedeutende Anzahl gefangen hat. Beim Militär sind 30 Mann aus den Reihen weggekommen.“ — Die Befürchtungen, die man bei uns in Warschau angeregt hatte, haben sich als unbegründet erwiesen. Die ganze Woche ist bis jetzt ruhig geblieben, auch die Patrouillen sind wieder auf ihre gewöhnliche Stärke reducirt, nur in der Nähe des Schlosses sind in verschiedenen Häusern Soldaten einquartiert worden. Was ich vom verflossenen Sonntag berichtet habe, daß er ohne Ereigniß verlaufen sei, ist, wie ich später erfahren habe, nur in Bezug auf den Stadttheil, den ich bewohne, vollständig wahr. In einigen anderen scheint sich Ihr nachbarlicher Neckgeist Rübezahl einmal ein Späßchen gemacht zu haben. Auf dem Grzybow, am eisernen Thore, auf der Nalewki, Nowowiniarka (lauter Quartiere, wo viele Juden verkehren) ist auf einmal eine solche Panique unter die Verkäufer, das Straßenpublikum und die mit Wagen haltenden Bauern gerathen, daß Alles über Hals und Kopf Reißaus nahm und die Wagen einander in der rasenden Flucht umgeworfen haben. Auch die Polizeibeamten verloren den Kopf, und in der Meinung, daß Alarm sei, befahlen sie, die Häuser und Fensterladen zu schließen. Denken Sie sich den Schrecken der Familien, die befürchten mußten, daß das Schlimmste ausgebrochen sei. Sogar das Militär wurde auf einigen Punkten von dem Vorfall mit alarmirt und trat in Reih und Glied heraus. Bis heute weiß Niemand weshalb — hat die allgemein in Furcht getriebene Stimmung sich durch irgend einen Zufall ins Bockshorn jagen lassen, oder hatten schadenfrohe Geister ihr Müthchen kühlen oder den politischen Barometer probiren wollen? Die Gleichzeitigkeit der verschiedenen Vorfälle scheint die erste Annahme auszuschließen.

Warschau, 19. Febr. Man hört von starker Ansammlung der Aufständischen in der Gegend von Krakau und bei Czenstochau. Auch gehen täglich Truppen von hier nach diesen Gegenden ab, und es scheint, daß die Regierung dort einen Hauptschlag gegen die Insurgenten führen will. Es herrscht jetzt hier unter den Polen große Aufregung gegen Preußen. Man erzählt sich mit Wuth und Erstaunen, daß die preußische Regierung eine Convention mit Rußland abgeschlossen hat, und gemeinschaftlich gegen die Insurgenten operiren wird. Sie können sich denken, mit welchen Augen man hiernach die Deutschen betrachtet, die ohnehin schon keine Sympathie für den Aufstand zeigten. Indessen dauern von hier die Zuzüge zu den Freischaaren fort und sollen vor ein paar Tagen bis 500 junge Leute von hier zum Insurgentenlager abgegangen sein, unter ihnen viele Studirende der Universität. Man erzählt hier Vieles von der Subordination, die unter den Freischaaren herrschen soll. Privateigenthum ist für unantastbar erklärt. Verbürgen kann ich folgenden Vorfall, den ich selbst von der Hauptperson erzählen hörte: Ein Fuhrmann, der von Racionz, einem Städtchen im plocker Gouvernement, nach Plock Ladung hatte, wurde des Nachts plötzlich von einigen aus dem Walde hervorkommenden wohlbewaffneten Insurgenten angehalten. Nachdem man seinen Knecht mit dem beladenen Fuhrwerke nach dem nahe an der Landstraße belegenen Kruge hatte abfahren lassen, wurde der Fuhrherr selbst befragt, ob er Baarschaft bei sich habe, worauf er den ungefähren Betrag angab. Die Insurgenten führten ihn dann schweigend über 2 Werst durch dichten Wald, bis sie an einer freien Fläche anlangten, wo sich ein großes Bivouac in vollständiger Ordnung zeigte. Vor jedem Zelt stand ein Bewaffneter Schildwache mit blankem Säbel. Man kam zuletzt an ein großes hölzernes Zelt, das Quartier des Anführers. Dasselbe wurde geöffnet und es zeigte sich ein elegant möblirtes Gemach. Vor einem mit grünem Tuch bedeckten Tische saß ein stattlicher Mann in rother Garibaldiblouse, mit zwei Pistolen im Gürtel, der den Gefangenen mit durchdringendem Auge musterte. Nach einigen kurzen Fragen, woher er komme ꝛc., fuhr er fort: „Haben Sie Geld, wieviel und was für Sorten?“ Der Fuhrmann antwortete, er habe eine Summe von 250 Rubel bei sich, die aber nicht sein eigen, sondern ihm vom Spediteur anvertraut sei. Der Insurgentenhäuptling nahm ihm hierauf die Summe ab, fügte aber lächelnd hinzu: „Fürchten Sie nichts, ich will nur ein kleines Wechselgeschäft mit Ihnen machen.“ Er nahm von dem Gelde 150 Rubel, gab den Rest zurück, zog dann aus der Brieftasche einen polnischen Pfandbrief über 1000 poln. Gulden (150 Rubel), und überreichte ihn mit den Worten: „Entschuldigen Sie die Art, in welcher Sie zu diesem Geschäfte hierher gebracht wurden, aber Noth kennt kein Gebot! Wir brauchen hier baares Geld zur Zahlung und können Niemand zum Wechseln nach der Stadt schicken. Da aber der Cours der Pfandbriefe 1½ Procent über Pari steht, so gab ich Ihnen diesen Pari, damit Sie das Aufgeld als Entschädigung für Ihren Zeitverlust haben.“ Hierauf führte man den Gefangenen zu seinem Fuhrwerk zurück, damit er seine Reise nach Plock fortsetze. Ich habe diese Anekdote so ausführlich mitgetheilt, weil sie erklärt, weshalb die Insurgenten so viel weniger gefürchtet sind, als die russischen Truppen, welche überall, wo sie hinkommen, plündern, sengen und morden, wenn dies auch gegen den Willen der Offiziere geschehen mag.

Die Regierung nimmt zu verschiedenen Mitteln ihre Zuflucht, um den Aufstand niederzudrücken. So wurde dieser Tage ein Rundschreiben per Post an den polnischen Adel versendet, angeblich von einer Anzahl conservativer Patrioten, worin zugestanden wird, daß der Aufstand eine natürliche Folge des hundertjährigen Druckes der Russen sei, und die Tapferkeit der polnischen Jugend belobt wird. Dessenungeachtet wird der gut gemeinte Rath ertheilt, die Waffen niederzulegen und sich auf Gnade und Ungnade zu ergeben, wo dann die Regierung unfehlbar den Ansprüchen der Polen Rechnung tragen würde. Dieses merkwürdige Sendschreiben verfehlt natürlich seinen Zweck. — Gestern wurde wieder der Zug auf der Warschau-Wiener Bahn von einigen 100 Insurgenten angehalten; die aus 100 Mann Militär bestehende Eskorte wurde entwaffnet und aus den Waggons geworfen, in denen die Insurgenten Platz nahmen und einige Stationen mitfuhren. Die Schienen wurden wieder auf einigen Stellen aufgerissen.

Posen, 21. Februar. Die warschauer Post über Slupce traf vorgestern verspätet ein; gestern blieb sie wieder aus. Nicht die Warthebrücke bei Konin, sondern die Brücke bei Kolo ist von den Insurgenten zerstört, so daß die Post mittelst Fähre übergesetzt werden muß. Auch in Kutno sollen Insurgenten stehen, welche die Chaussee nach Warschau beherrschen und auch die Eisenbahn bedrohen. Der russischen Garnison in Konin, welche 3000 Mann mit entsprechender Reiterei und 10 Geschütze zählte, ist es nicht gelungen, die Bildung von Banden im nördlichen Theile des Kreises zu verhindern. Die Besitzer der großen Herrschaften im südlichen Theile und Andere, welche dem Aufstande abgeneigt sind, hatten die Bewegung zurückzuhalten versucht; jetzt ist es einer Anzahl junger Leute wirklich geglückt, einige beutelustige bewaffnete Trupps mit Hilfe des Zuzugs aus den kleinen Städten zu bilden. Diese Banden requiriren bei den Gutsbesitzern Pferde, Lebensmittel und Waffen. Der Plan geht dahin, die Garnison in Konin einzuschließen, durch fortgesetzte Neckereien und Alarmirungen zu ermüden und zum Abzuge zu nöthigen. Es ist zu bezweifeln, daß dieser Plan gelingt. Die Russen haben die Grenzwachen im koniner Kreise seit vorgestern eingezogen und nach Konin beordert. Die Grenze jenseits Wreschen und Gnesen ist seitdem offen, was von Vielen benutzt wird, um zollpflichtige Waaren frei einzuführen. In Slupce wie in den anderen nicht besetzten kleinen Städten haben sich National-Comite's gebildet. Der Grenzverkehr ist aufgehoben. (Pos. Z.)

Aus Warschau bringt die „Ind. belge" jetzt täglich Depeschen, welche offenbar aus der Umgebung des Großfürsten kommen und berichtigend wirken sollen. Heute wird aus Warschau, 18. Febr., gemeldet: „Auswärtige Blätter reden von Metzeleien der Truppen in Tomaszow. Die Sache verhält sich so: Als die Truppen nach Vertreibung der Insurgenten in die Stadt zurückkehrten, wurde aus drei Häusern auf sie geschossen. Diese drei Häuser wurden geplündert, kein anderes Haus hatte zu leiden." Und weiter: „Laut den in Warschau sehr verbreiteten Gerüchten soll das Schloß des Grafen Poletylo im lubliner Gubernium von russischen Truppen geplündert worden sein, und dabei sollen mehrere Personen, die sich dem widersetzten, getödtet oder verwundet sein. Der Großfürst hat auf der Stelle befohlen, daß eine Untersuchung angeordnet und sofortige strenge Gerechtigkeit an den Militärs, die schuldig befunden werden, geübt werden soll. (Das ist alles recht gut, zeigt aber doch, daß von Disciplin oder von einem Anfluge von Civilsation unter den russischen Truppen nicht die Rede ist. Die Red.)

— Von zuverlässiger Seite wird der „Volksz." folgende Thatsache mitgetheilt: Nach Pojewow, Kreises Mariampol, Gouvernement Suwalki, kam eine Abtheilung russischen Militärs, hielt Haussuchung nach Waffen 2c. und fand nichts. Das Militär erbrach aber nachher Spinde und Kasten, raubte Wäsche, Kleider 2c. Pojewow gehört dem russischen General v. Manderstierna in Suite des Kaisers. — Wenn es den russischen Offizieren nicht gelingt, die Mannszucht auf solchen Gütern zu erhalten, so kann man sich denken, wie es anderwärts zugeht.

, **Von der polnischen Grenze.** [Flüchtige. — Kurowski.] Soeben 6½ Uhr Abends ist der Schnellzug aus Polen mit zwei Maschinen hier eingetroffen. In acht Güterwagen kam der letzte Rest der Sachen an, die noch zu retten waren. Es war ein trostloser Anblick, die armen Flüchtigen hier aussteigen zu sehen. Es waren nahe an 150 Personen, darunter meist Damen und Kinder, die mit Betten, Kisten, Koffern und theils auch ziemlich werthlosen Sachen hier Unterkommen suchen. Ein endloses Treiben, ein Suchen und Umherlaufen ist auf dem Perron. Der eine will seine Betten, der andere eine Wiege 2c., um wenigstens für die Nacht das Nothdürftigste bei der Hand zu haben. Mit großer Bereitwilligkeit sind fast sämmtliche Flüchtige von hiesigen Privaten einstweilen aufgenommen worden. Soeben führt man eine feine Dame, die jede Stunde ihrer Niederkunft entgegensieht, in ein nahes Quartier. Ich kann Ihnen in der Eile nicht ausführlicher berichten. — Das russische Militär ist bereits in Zombkowitz und kann diese Nacht oder morgen Früh in Sosnowitz einrücken. Aus Miechow hier angekommene Personen erzählen solche Gräuelthaten, die durch das russische Militär verübt worden, daß die Feder sich sträubt, dieselben wiederzugeben. Ueber die Ereignisse dieser Nacht, berichte ich Ihnen morgen Früh. Kurowski hat sich, nachdem er bei Miechow vier Wunden erhalten, selbst erschossen und hat nun ein anderer Anführer den Befehl übernommen.

O **Von der polnischen Grenze,** 21. Febr. [Nach dem Treffen bei Miechow.] Den bereits vorhandenen Nachrichten über das zwischen den Insurgenten bei Miechow und Ojcow und den russischen Truppen stattgehabte Treffen, welches einen so ungünstigen Ausgang für die Ersteren herbeiführte, können wir noch hinzufügen, daß in Folge dessen eine große Zahl Wagen (man giebt dieselbe auf 40 an) mit verwundeten Polen in Dombrowa angekommen und letztere dort zur Verpflegnng untergebracht sind. Auch flüchtige Haufen der Insurgenten haben, nachdem das Lager bei Ojcow von den Russen genommen, ihre Zuflucht in Dombrowa gesucht, während viele andere in ihre Heimath Galizien zurückgekehrt sind. Doch wird von vielen in den letzten Tagen auf diesseitiges Gebiet Uebergetretenen behauptet, daß die Sicherheit für die Insurgenten in Dombrowa nicht lange währen werde, indem die russischen Truppen im Anmarsche auf diesen Ort seien. Wir dürften also vielleicht binnen Kurzem ein kleines Gefecht in unserer Nähe haben. — Kurowski soll übrigens schwer verwundet und nach Krakau gebracht worden sein.

Krakau, 19. Febr. Dem „Wanderer" wird geschrieben: Ich konnte mich gestern kaum fassen, um Ihnen über die jüngsten in unserer nächsten Nähe vorgefallenen Ereignisse irgend welche Mittheilungen zukommen zu lassen. Das Wichtigste nämlich, daß die Insurgenten von Miechow zurückgeschlagen worden, hat Ihnen der Telegraph bereits gemeldet. Als traurigen Commentar kann ich nur hinzufügen, daß sich die in unsere Stadt geflüchteten Aufständischen, die an dem Sturme auf Miechow theilgenommen, vorzugsweise über die gänzliche Unfähigkeit ihrer Führers bei jener Gelegenheit, nämlich Kurowski's, beklagen. Die kleine Besatzung jenes Städtchens hatte sich in den Häusern wohl verbarrikadirt, überall wurden in den Mauern Lücken durchgebrochen und als Schießscharten benützt, während Kurowski, ohne früher recognosciren zu lassen, seine ganze Division ins Innere der Stadt hineinschickte, wo sie natürlich von allen Seiten, aus den Fenstern, von den Dächern herab, und selbst aus den untersten Geschossen mit scharfem Feuer empfangen wurden. Deswegen findet man auch in den meisten Wunden die Kugeln entweder von unten herauf oder von oben hinunter eingedrunge. Und trotz dieser fürchterlichen Ueberraschung, die den Insurgenten durch eine so kopflose Leitung bereitet wurde, schlugen sich dieselben nach dem Berichte aller Augenzeugen mit einer Tapferkeit und mit einem Muthe, der eben nur von der größten Aufopferungsfähigkeit eingegeben wird. Dem Anführer des sogenannten Insurgenten-Corps wurde der Säbel zerbrochen, da griff er mit bloßen Händen in die russischen Reihen und riß den Soldaten ihre Bayonnete weg, die er dann den Seinen in die Hand gab. Eine fürchterliche Illustration aber zu der Stimmung der Insurgenten gegenüber den Russen bietet wohl der Umstand, daß sich viele Verwundete, als sie sahen, daß sie den Platz nicht verlassen können, selbst — den Tod gaben! Auch sträubt sich meine Feder, Ihnen eine Nachricht mitzutheilen, die, wenn sie sich bewahrheiten sollte, dem russischen Militär einen neuen unauslöschlichen Makel anheften würde; es sollen nämlich vierzig Verwundete, welche die Insurgenten von Miechow nach Ojcow schickten, auf dem Wege von den Russen — ermordet worden sein.

Krakau, 21. Febr. Der heutige „Czas" bringt Gerüchte von neuen Gefechten in der Gegend von Miechow und Wodzislaw. Langiewicz soll am 19. bei Stobnica den Russen den Rückzug abgeschnitten haben, sie gegen die österr. Grenze drängend.

[Die geheime und musterhafte Organisation des Revolutions-Comite's] ist staunenerregend. Man weiß, daß der Sitz desselben in Warschau ist, allein man kennt bisher keinen einzigen Namen. Insurgenten-Organe kommen und gehen, bringen ihre Berichte und Weisungen mündlich, um ein Aufgreifen von Depeschen oder Schriftstücken unmöglich zu machen. Die Geschichte mit dem Aufgreifen der Tengoborski'schen Depeschen an Budberg (Paris) und d'Oubril (Berlin) (Bismarck hat die Depesche an d'Oubril für unecht erklärt) ist vollkommen wahr. Der betreffende Depeschenträger war kein gewöhnlicher russischer Courier, dem man hätte auf der Spur sein können, sondern ein harmloser französischer Kaufmann, der mit seiner Gattin nach Paris ging und die Depeschen mitnahm. Aber schon von Warschau aus ward er von einem Insurgenten-Agenten ausgespürt, im Auge behalten und auf Schritt und Tritt verfolgt. Der Eisenbahnzug setzt sich in Bewegung, und der Agent der Insurgenten ist der Reisegefährte des Depeschenträgers. Einige Stationen hinter Warschau giebt der Agent ein Zeichen — der Zug hält plötzlich an. Aus dem nahen Verstecke (Gasthaus, Wald oder dergleichen) kommt eine Insurgentenwache; man steigt in den Waggon, ersucht den französischen Kaufmann, auszusteigen und die Depeschen herauszugeben. Er sagt, er habe keine, und sagt nur die Wahrheit, worauf Madame mit entgegengehaltenem Revolver sehr artig und höflich gebeten wird, die Depeschen herzugeben. Man sträubt sich Anfangs, aber die besondere Höflichkeit des Insurgenten-Offiziers in Begleitung des gemüthlichen Revolvers siegen — und die Depeschen befinden sich in den Händen der Insurgenten. Darauf wird den Herren und Damen glückliche Reise gewünscht, und sie fahren ab, unbelästigt, als ob nichts geschehen wäre.

[Das russische Militär in Miechow.] Einem krakauer Berichte der „Oesterr. Ztg." über den Kampf in Miechow entnehmen wir, daß die Russen nach dem Rückzuge der Insurgenten aus der Stadt von ihren Siegesrechten den üblichen Gebrauch machten, mit der Niedermetzelung des Bürgermeisters, des Apothekers, mehrerer Beamten und sogar einiger Frauen begannen und die übrigen Einwohner aufforderten, die Stadt sogleich zu verlassen. Kaum hatten sich diese ins Freie geflüchtet, so steckten sie die Stadt an mehreren Stellen in Brand, und so ist dieses hübsche Städtchen nach einem dreißigstündigen furchtbaren Feuer — heute ein Schutthaufen, aus dem nur das Kloster und die große Kirche als traurige Zeugen jener unheilvollen Katastrophe übrig blieben. Aber damit allein begnügten sie sich noch nicht, und es ist eine höchst bezeichnende Thatsache, daß sie auch noch die kaum eine Viertelstunde von Miechow gelegene herrliche Besitzung des jetzigen Gouverneurs von Radom, Herrn Piatkowski, sammt dessen Schloß und Wirthschaftsgebäuden vorerst gänzlich ausgeplündert und schließlich angezündet haben, wobei die kostbare Bibliothek leider auch eine Beute der Flammen wurde. Es ist unerklärlich, welche Umstände die Russen bewogen haben, die von ihnen beinahe schon drei Monate lang besetzte Stadt Miechow in einer so barbarischen, an die Gräuel der Tartaren unwillkürlich erinnernden Weise zu behandeln, da ihnen doch von den Einwohnern nicht der geringste Widerstand geleistet wurde. Man versichert, daß dies Alles durch geheime Instructionen des Majors Nepredi veranlaßt wurde. Gestern Abends waren hier (in Krakau) viele Flüchtlinge von Miechow mit ihren Familien angelangt, welche die rauchenden Trümmer ihrer Heimat eilends verlassen haben, um ihr obdachloses Haupt bei Bekannten und Freunden niederlegen zu können, und ich mnß gestehen, daß dieser Anblick selbst für den Fremden, der nur für Unglück überhaupt Gefühl hat, herzzerreißend war.

X. **Kattowitz,** 22. Febr. Der Ort ist heute von zahlreichen flüchtigen polnischen Familien angefüllt, welche die bevorstehende Ankunft der Russen diesseits Czenstochau abzuwarten nicht für gerathen fanden, nachdem von allen Seiten grausenerregende Berichte von der Barbarrei derselben eingelaufen sind. Und diesen Russen will man gestatten, eventuell auf preußischem Gebiete solche Heldenthaten an wehrlosen Flüchtlingen auszuüben? — es erzeugt, je mehr sich die Sympathien den Polen zuwenden, je mehr der sittliche Zorn gegen das Russenthum durch dasselbe selbst erregt wird, — jene Convention ganz besonders in unserem industriereichen Grenzstrich einen sich an allen Orten laut aussprechenden Unmuth, und wenn irgend etwas, ist sie geeignet, die Opposition gegen die derzeitige Regierungspolitik zu vermehren. — Die 4 gefangenen jungen Polen, Studenten, von denen 3 in ihre Heimath durch Preußen zurückkehren wollten, der vierte aber verdächtig ist, vielleicht sich den polnischen Insurgenten anschließen gewollt zu haben, — deren ganze Schuld zuletzt nur jugendliche Unvorsichtigkeit ist, wurden vorige Woche zum drittenmale, diesmal durch den Reg.-Rath Rudloff aus Oppeln, zwei Tage hintereinander streng verhört, doch soll auch diesem erfahrenen Herrn nicht gelungen sein, in ihnen Emissäre zu entdecken. Man spricht von deren Auslieferung an Rußland; — das wäre ihrem Untergange gleich! Nach welchem Recht, frägt hier Alles, verfährt man denn gegen diese 4 Unglücklichen; ist denn das wirklich Preußens Aufgabe, sich als eine russische Polizeidependenz zu betrachten, durch Verhaftung von Polen russischen Interessen sogar präventiv zu dienen?

Breslau, 23. Febr. Auf der warschauer Bahn müssen vermuthlich wieder die Schienen auf einzelnen Strecken aufgerissen sein, oder sich andere Hindernisse dem regelmäßigen Verkehr entgegengestemmt haben, denn der warschauer Zug hat weder gestern noch am Sonnabend den Anschluß an den wiener Schnellzug in Kattowitz erreicht. Die polnische Post ist daher jedemal ausgeblieben und erst heute, resp. gestern Früh mit dem myslowitzer Güterzüge nachgekommen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 21. Febr. 10 U. Ab.	336,71	—1,4	SO. 1.	Heiter.
22. Febr. 6 U. Morg.	335,27	—2,2	SO. 0.	Heiter.
2 Uhr Nachm.	333,90	+3,4	SW. 1.	Heiter.
10 Uhr Abds.	333,34	+0,4	SW. 1.	Heiter.
33. Febr. 6 U. Morg.	333,02	+1,2	W. 2.	Trübe.

Breslau, 23. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 9 Z. U.-P. 2 F. 6 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 21. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die Rente eröffnete zu 69, 50, stieg auf 69, 80, fiel auf 69, 45 und schloß zur Notiz. Die Spekulanten blieben unentschlossen. Consols von Mittaas 12 Uhr waren 92½ eingetroffen. — Schluß-Course: 3prz. Rente 69, 60. 4½prz. Rente 98, 60. Italienische 5proz. Rente 69, 70. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 508, 75. Credit-mobilier-Aktien 1152, 50. Lomb. Eisenbahn-Aktien 580, —. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 21. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die Börse hat in Folge der über die polnische Angelegenheit herrschenden Unruhe eine weichende Tendenz. — Silber 61⅝. Türkische Consols 40¾. Schönes Wetter, — Consols 92⅞. 1prz. Spanier 46¼. Mexikaner 32¾. Sardinier 83½. 5proz. Russen 96. 4½proz. Russen 93.

In Newyork war am 10. d. Mts. Goldagio 53¼, der Wechsel-Cours auf London 170, Fonds fallend; Baumwolle Middling 91; Mehl 15 und Weizen 3 Cents niedriger

Wien, 21. Febr., Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Valuten steifer. 5proz. Metall. 75, 80. 4½proz. Metall. 65, 50. Bank-Aktien 815. Nordbahn 188, 90. 1854er Loose 93, —. National-Anleihe 81, 80. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 220, 50 Creditaktien 235, 50. London 115, 65. Hamburg 86, 70. Paris 45, 80. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 167, —. Lombardische Eisenbahn 269, —. Neue Loose 136, —. 1860er Loose 94, 40.

Frankfurt a. M., 21. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Oesterreich. Effekten im Allgemeinen merklich billiger abgegeben. Böhm. Westbahn 71⅝. Finnländische Anleihe 91⅞. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 145. Wiener Wechsel 101⅞. Darmst. Bankaktien 242½. Darmst. Zettel-Bank 258. 5proz. Metall. 63⅞. 4½proz. Met. 55¼. 1854er Loose 79⅞. Oesterr. National-Anleihe 68⅜. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 235. Oesterr. Bank-Antheile 826. Oesterr. Credit-Aktien 222. Neueste österr. Anleihe 81. Oesterreich. Elisabet-Bahn 130¼. Rhein-Nahe-Bahn 32⅞. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 129⅞.

Hamburg, 21. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten Börse fest. — Finnl. Anleihe 90½. Schluß-Course: National-Anleihe 69¼. Oesterr. Credit-Aktien 94. Vereinsbank 103⅞. Norddeutsche Bank 107. Rheinische 99¼. Nordbahn 65¼ Disconto —. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 21. Febr. [Getreidemarkt.] Weizen loco und ab auswärts unverändert. Roggen loco stille, ab Stolpemünde 122—123pfd. disponibel 78 bezahlt, ab Danzig zu 77, ab Königsberg zu 78 käuflich, 76 wobl zu machen. Oel pr. Mai 32½—32⅞, pr. Okt. 30⅜—¼. Kaffee unverändert.

Liverpool, 21. Februar. [Baumwolle.] 2000 Ballen Umsatz. — Preise besser.

Berliner Börse vom 21. Februar 1863.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	101½ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4	99 bz.
dito 1854, 55A. 57	4½	101½ bz.
dito 1856	4½	101½ bz.
dito 1853	4	99¾ G.
dito 1859	5	106⅜ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	89 bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	129¾ B.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102½ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	91½ bz.
dito dito	4	101 bz.
Pommersche	3½	91¼ bz.
dito neue	4	100¼ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	97 bz.
dito neue	4	97 bz.
Schlesische	3½	94½ bz.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	100 bz.
Pommersche	4	99⅝ bz.
Posensche	4	98¼ bz.
Preussische	4	99½ bz.
Westf. u. Rhein.	4	99⅝ bz.
Sächsische	4	100¼ B.
Schlesische	4	99⅞ bz.
Louisdor	—	110 bz.
Goldkronen	—	9. 7 G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	65¾ bz.
dito 54r Pr.-Anl.	4	80½ B.
dito neue 100 fl.-L.	—	79¼ bz.
dito Nat.-Anleihe	5	71¼ bz.
dito Bankn. n. Whr.	—	87¼ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	95¼ bz.
dito 5. Anleihe	5	90 B.
dito poln. Sch.-Obl.	4	82½ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	89¼ bz
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	92¼ B.
dito à 300 Fl.	5	93 B.
dito à 200 Fl.	—	23¾ G.
Poln. Banknoten	—	90¼ bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57¼ B.
Baden 35 Fl.	—	32¼ etw. bz.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	89½ B.
Aach.-Mastricht		4	36¾ bz.
Amst.-Rotterdam	5⅓	4	97¼ bz.
Berg.-Märkische	6½	4	106¾ bz.
Berlin.Anhalter	8½	4	143½ bz.
Berlin-Hamburg	6	4	123 B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	187 bz.
Berlin-Stettiner	7½	4	136 bz.
Breslau-Freibrg.	6⅔	4	133½ bz.
Cöln-Mindener	12¼	3½	177 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6⅓	5	135½ bz.
Ludw.-Bexbach	8	4	145 bz u.G.
Magd.-Halberst.	22½	4	283 etw. bz.
Magd.-Wittenbrg.	1½	4	63¼ B.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	126⅛ bz.
Mecklenburger	2⅞	4	69¼ etw. à 68¾ bz.
Münster-Hammer	4	4	99 G.
Neisse-Brieger	3½	4	86 bz.
Niederschles.	4	4	99 B.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	71 B.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	66¼ à 65¾ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 1/12	3½	162½ à 160½ bz.
Oberschles. B.	7 1/12	3½	149 bz.
dito C.	7 1/12	3½	162½ à 160½ bz.
dito Prior A.	—	4	99 B.
dito Prior B.	—	3½	87½ G.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	97½ B.
dito Prior E.	—	3½	84⅛ B.
dito Prior F.	—	4½	101 bz.
Oppeln-Tarnow.	⅘	4	61½ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	⅘	4	63 bz.
Rheinische	5	4	101 bz.
dito (St.) Pr.	5	4	105 G.
dito Prior	—	4	— — —
dito III. Em.	—	4½	100 bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	32½ B.
Ruhrort-Crefeld	3½	3½	96 B.
Starg.-Posener	4	3½	107 à 106 bz.
Thüringer	6½	4	125½ etw. bz.
Wilhelms Bahn	—	4	63 à 62½ bz.
dito Prior	—	4	92 bz.
dito III. Em.	—	4½	97 G.
dito Prior St.	—	4½	94½ bz.
dito dito	—	5	97¾ G.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5⅞	4	117¾ G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	103 bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	84 B.
Bremer „	5¾	4	106½ G.
Coburg. Credit A.	3	4	89 bz.u.B.
Darmst. Zettel-B.	8½	4	103 G.
Darmst. Credb.A.	5	4	94 bz.u.B.
Dess. Creditb. A.	—	4	7⅝ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	99 bz.
Genf. Creditb. A.	2	4	53½ etw. à 53 bz.
Geraer Bank	5¾	4	96½ G.
Hamb.Nord.Bank	5	4	106¼ G.
„ Ver.-Bank	5⅓	4	103 G.
Hannov. „	4½	4	100½ bz u B.
Leipziger „	3	4	84 B.
Luxembrg. „	10	4	102½ B.
Magd. Priv. „	4⅓	4	94 B.
Mein. Creditb. A.	6	4	96½ à ¼ bz.
Minerva Bgwk.A.	—	5	36¼ G.
Oester.Creditb.A.	7¾	5	95¾ à 95 bz.
Pos. Prov.-Bank	5⅞	4	97 bz.u B.
Preuss. B.-Anthl.	4⅓	4½	126 G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	99¼ G.
Thüringer Bank	2¾	4	66 G.
Weimar. Bank	4	4	90 B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	144 bz.
dito	2 M.	143¼ bz.
Hamburg	8 T.	152¼ bz.
dito	2 M.	151⅜ bz.
London	3 M.	6. 21⅜ bz.
Paris	2 M.	80 1/12 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	86⅛ bz.
dito	2 M.	86¼ bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 G.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅓ bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 G.
Petersburg	3 W.	100¼ bz. 3M. 99⅝ bz.
Warschau	8 T.	89¾ bz.
Bremen	8 T.	110 bz.

⊕ **Breslau,** 23. Febr. Wind: West. Wetter: regnicht. Thermometer Früh 2° Kälte. Weder Zufuhren noch Kauflust waren heut mehr als mittelmäßig, der Geschäftsverkehr daher träge.

Weizen fand nur in billigen Offerten Nehmer; pr. 85pfd. weißer 70—81 Sgr., gelber 66—74 Sgr. — Roggen behauptet; pr. 84pfd. 50—53 Sgr., feinster bis 54 Sgr. — Gerste ruhiger; pr. 70pfd. weiße 42—43 Sgr., gelbe 38—41 Sgr. — Hafer angeboten; pr. 50pfd. schlesischer 25—27 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen ohne Frage. — Oelsaaten fester — Schlaglein wenig gefragt. — Rapskuchen vernachlässigt; 48—52 Sgr. pr. Ctnr. — Lupinen 36—40 Sgr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	67—75—81	Wicken	35—38—40
Gelber Weizen	65—70—76		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	50—52—54	Schlag-Leinsaat	190—210—215
Gerste	38—41—44	Winter-Raps	250—270—285
Hafer	24—26—28	Winter-Rübsen	240—260—270
Erbsen	43—48—52	Sommer-Rübsen	210—230—250

Kleesaat — bei hohen Forderungen zeigten sich Käufer zurückhaltend, rothe ordinäre 9¾—11¾ Thlr., mittle 12¾—14¼ Thlr., feine 14¾ bis 16¼ Thlr., hochfeine 16½—17 Thlr., extrafeine über Notiz, weiße ordinäre 8—9¾ Thlr., mittle 10¾—13½ Thlr., feine 14¾—17¼ Thlr., hochfeine 18¼—19¼ Thlr. Schwedischer Klee 18—26 Thlr. pr. Centner.

Thymothee 5½—7½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 15—18 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 14½ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 13½ Thlr.

Theater-Repertoire.

Montag, den 23. Febr. **„Der Weltumsegler wider Willen."** Abenteuerliche Posse in 4 Bildern mit Gesang und Tanz, nach dem Französischen des Decourcy und Théaulon frei bearbeitet von G. Räder. Musik von Canthal.

☞ **Kinder unter 15 Jahren zahlen heute die Hälfte des gewöhnl. Preises auf allen Plätzen.**

Dinstag, den 24. Febr. Benefiz für Fräul. Leontine Gericke. Neu einstudirt: **„Die Gesandtin."** Oper in 3 Akten, nach dem Französischen des Scribe und Saint Georges für die deutsche Bühne bearbeitet von Frhrn. v. Lichtenstein. Musik von Auber.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.